

INHALT:

GI Aktuell

Seite 236

GI Leitsätze

Seite 236, 255

Anwaltschaftung

Seite 237

Umfang des Mandatsvertrages / Belehrungspflichten /
Verfristung von Restitutionsansprüchen
(BGH, Urt. v. 9.7.1998 - IX ZR 324/97)

Berufungsbegründung, § 519 ZPO

Seite 239

Bezugnahme auf Schriftstück / Prozeßkostenhilfesuch
(BGH, Beschl. v. 10.3.1998 - XI ZB 1/98)

Wiedereinsetzung

Seite 240

Antragsfrist, § 234 Abs. 1 ZPO / Fristprüfung durch
Rechtsanwalt / Handaktenvorlage
(BGH, Beschl. v. 5.2.1998 - VII ZB 8/97)

Notarhaftung

Seite 242

Formularvertrag / Nichtkaufmännischer Bereich / Verzugs-
zinsklausel, Verstoß gegen § 11 Nr. 4 und Nr. 5b AGBG? /
Fälligkeitszinsen, § 9 Abs. 2 Nr. 1 AGBG
(BGH, Urt. v. 11.12.1997 - IX ZR 46/97)

Steuerberaterhaftung

Seite 244

Konkursantragspflicht / GmbH-Geschäftsführer
(BGH, Beschl. v. 24.2.1994 - IX ZR 126/93)

Steuerberaterhaftung

Seite 244

Verjährungsbeginn / Aussage zur Sozialversicherung
eines GmbH-Geschäftsführers / Anmerkung
(OLG Frankfurt, Beschl. v. 9.7.1998 - 16 W 9/98)

Verjährung von Regreßansprüchen

Seite 247

Steuerberatung durch Rechtsanwalt / Fachanwalt
für Steuerrecht / Fehlvorstellung über Berufsbezeichnung
(OLG Hamm, Urt. v. 21.1.1998 - 25 U 108/97, n.rkr.)

Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters

Seite 249

Buchungsunterlagen des Mandanten / Sicherheitsleistung /
Einstweilige Verfügung des Mandanten
(LG Heidelberg, Urt. v. 29.9.1997 - 4 O 53/97)

Steuerberaterhaftung

Seite 250

Fördermittelantrag, Baudarlehen / Ablehnung
(LG Meiningen, Urt. v. 14.1.1998 - 3 O 1387/96)

Wirtschaftsprüferhaftung

Seite 253

Anspruch des Gemeinschuldners / Konkursverwalter / Auftrags-
inhalt / Vorsätzliche Bilanzfälschung des Gemeinschuldners
(LG Wuppertal, Urt. v. 10.2.1998 - 5 O 241/97, n.rkr.)



GI Aktuell

Haftung des Vereinsvorsitzenden für steuerliche Verbindlichkeiten des Vereins

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat durch Urteil vom 23.6.1998 – VII R 4/98 entschieden, daß ein ehrenamtlich und unentgeltlich tätiger Vorsitzender eines Vereins, der sich als solcher wirtschaftlich betätigt und zur Wahrnehmung seiner Zwecke Arbeitnehmer beschäftigt, für die Erfüllung der steuerlichen Verbindlichkeiten des Vereins grundsätzlich haftet.

Der Entscheidung lag folgender Sachverhalt zugrunde: Der Kläger war erster Vorsitzender eines eingetragenen Vereins, der ein Altenheim betrieb. Der Verein hatte die Besorgung seiner Verwaltungsangelegenheiten einschließlich der Erfüllung der steuerlichen Pflichten einer Dienstleistungs-GmbH übertragen. Der Geschäftsführer dieser Dienstleistungs-GmbH war zugleich zweiter Vorsitzender des Vereins und innerhalb des Vereinsvorstandes für die Erledigung der steuerlichen Angelegenheiten zuständig. Nach Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen des Vereins nahm das Finanzamt den Kläger als Haftungsschuldner wegen nicht abgeführter Lohnsteuer für die Arbeitnehmer des Vereins in Anspruch. Nach erfolglosem Einspruchs- und Klageverfahren gegen den Haftungsbescheid wurde die Revision des Klägers vom BFH als unbegründet zurückgewiesen.

Der BFH führte in seinem Urteil im wesentlichen aus: Ein ehrenamtlich und unentgeltlich tätiger Vereinsvorsitzender haftet für die steuerlichen Verbindlichkeiten des Vereins (z.B. Lohnsteuer, Umsatzsteuer) grundsätzlich **nach denselben Grundsätzen wie ein Geschäftsführer einer GmbH, d.h. für die vorsätzliche oder grob fahrlässige Nichterfüllung der ihm als gesetzlichem Vertreter obliegenden steuerlichen Verpflichtungen des Vereins** (hier: § 69 Abgabenordnung i.V.m. § 34 Abs. 1 Abgabenordnung, § 26 BGB).

Die Haftung des Vereinsvorsitzenden werde nicht dadurch ausgeschlossen, daß die Erfüllung der steuerlichen Pflichten des Vereins einem Dritten – in dem entschiedenen Fall einer Dienstleistungs-GmbH – übertragen worden sei. Hinsichtlich der ordnungsgemäßen Erledigung der steuerlichen Angelegenheiten durch den beauftragten Dritten treffe den **Vereinsvorsitzenden eine Überwachungspflicht**. Auch wenn der zweite Vorsitzende des Vereins vorrangig für die Erledigung der steuerlichen Pflichten verantwortlich sei, könne dies den **ersten Vorsitzenden nicht von der ihn treffenden solidarischen Verantwortung befreien, wenn er Anlaß gehabt habe, an der ordnungsgemäßen**

Erfüllung der steuerlichen Verpflichtungen durch den anderen Vereinsvorsitzenden zu zweifeln.

(Pressemitteilung d. BFH v. 3.9.1998)

GI Leitsätze

Anordnung der Abgabe der eidesstattlichen Versicherung / Rechtsbehelf / Aufschiebende Wirkung

1. Bestreitet die Finanzbehörde die aufschiebende Wirkung des Einspruchs des Vollstreckungsschuldners gegen die Anordnung der Abgabe der eidesstattlichen Versicherung, kommt für die Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes nur das Verfahren der Aussetzung der Vollziehung in Betracht.

2. Nach der Neufassung des § 284 Abs. 5 AO 1977 durch das StMBG ist die aufschiebende Wirkung des fristgerecht eingelegten Einspruchs (1.) nur noch davon abhängig, daß der Einspruch begründet worden ist und die vorgebrachten Einwendungen nicht bereits in einem früheren Verfahren unanfechtbar zurückgewiesen worden sind.

(BFH, Urt. v. 25.11.1997 – VII B 188/97, LEXinform 0145092)

Revision und Revisionsbegründung / Anforderungen / Anspruch auf rechtliches Gehör

1. Zur ordnungsgemäßen Einlegung der Revision gehört nicht notwendigerweise die Angabe des Sachgegenstandes des angefochtenen Urteils.

2. Für die Revisionsbegründung im Rahmen einer Verfahrensrevision reicht die Wiederholung des erfolgreichen Vortrags aus der Nichtzulassungsbeschwerde aus.

3. Zur Verletzung des Anspruchs des FA auf rechtliches Gehör durch eine Überraschungsentscheidung des FG.

4. Bei der erneuten Aufforderung zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung nach rechtskräftiger Zurückweisung der gegen eine frühere Aufforderung erhobenen Einwendungen kann es sich lediglich um eine sog. wiederholende Verfügung handeln, die keine erneute Möglichkeit zur Rechtsbehelfseinlegung eröffnet. Handelt es sich hingegen um einen Zweitbescheid, wird ein neues Verfahren nach § 284 AO 1977 mit der Möglichkeit der erneuten Anfechtung eröffnet.

(BFH, Urt. v. 25.2.1997 – VII R 129/95, BFH/NV 1997, 542)

Anwaltshaftung

- Umfang des Mandatsvertrages
- Belehrungspflichten
- Verfristung von Restitutionsansprüchen
(BGH, Urt. v. 9.7.1998 - IX ZR 324/97)

Leitsatz:

Ein Anwalt, der beauftragt worden ist, wegen einer bestimmten Vermögensposition Restitutionsansprüche auf der Grundlage von §§ 3 ff des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen zu prüfen, muß den Mandanten vor der drohenden Verfristung von Restitutionsansprüchen wegen anderer Vermögenspositionen, von denen der Anwalt während der Bearbeitung des Mandats erfährt, warnen, wenn er Grund zu der Annahme hat, daß sich der Mandant dieser Gefahr nicht bewußt ist.

Zum Sachverhalt:

Der Vater des Klägers war bis 1948 Mitglied des Vorstands der D.-AG sowie Geschäftsführer der D.-GmbH. Er hatte im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung Anspruch auf eine Rente. Im Jahre 1951 flüchteten die Eltern des Klägers in die Bundesrepublik Deutschland. Ihr bewegliches Vermögen - darunter Aktien - verblieb im wesentlichen in der DDR; der dort gelegene Grundbesitz der Eltern wurde enteignet. Diese verstarben 1957 bzw. 1978. Der Kläger ist ihr Alleinerbe.

Im Jahre 1981 erhielt der Kläger für das Grund- und Aktienvermögen seiner Eltern im Wege des Lastenausgleichs eine Entschädigung. Für Ansprüche aus der dem Vater des Klägers erteilten Pensionszusage wurde ein Lastenausgleich abgelehnt.

Im Frühjahr 1992 suchte der Kläger anwaltliche Hilfe. Er erteilte den Beklagten am 30.3.1992 ein Mandat zur Prüfung von Ansprüchen aus der Pensionszusage. Ob er zunächst seine Interessen umfassend - auch in bezug auf das Grund- und Aktienvermögen seiner Eltern - hatte gewahrt wissen wollen, ist streitig. Nach der Behauptung des Klägers ist ihm von seiten der bei den Beklagten angestellten Rechtsanwältin A. die Auskunft erteilt worden, bezüglich solcher Gegenstände, derentwegen ein Lastenausgleich gewährt worden sei, gebe es keine Restitution; daraufhin habe er, so behauptet der Kläger, von einem weitergehenden Auftrag Abstand genommen.

In der Folgezeit sah der Beklagte zu 1) die Akten des Lastenausgleichsverfahrens ein. Ab 2.12.1992 wurde das Mandat nicht fortgesetzt.

Im August 1994 stellte der Kläger, der unmittelbar zuvor durch das Lastenausgleichsamt von der Möglichkeit einer Restitution erfahren haben will, selbst einen entsprechenden Antrag. Dieser wurde abgelehnt, weil er nicht innerhalb der am 31.12.1992 abgelaufenen Frist des § 30a VermG gestellt worden sei.

Der Kläger nimmt die Beklagten auf Schadenersatz in Höhe von 925.298,69 DM in Anspruch. Seine Klage hatte in den Vorinstanzen keinen Erfolg. Mit seiner Revision verfolgt der Kläger sein Begehren weiter.

Die Revision führt zur Aufhebung und Zurückverweisung.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht hat ausgeführt, die Beklagten seien nicht verpflichtet gewesen, Hinweisen auf das Grund- und Aktienvermögen der Eltern des Klägers nachzugehen und den Kläger insoweit rechtlich zu beraten. Sie seien nur beauftragt gewesen, Ansprüche in bezug auf die Betriebsrente des Vaters zu prüfen. Daß der Kläger ursprünglich mit dem Wunsch nach umfassender Betreuung an die Beklagten herangetreten sei und das Mandat nur deshalb eingeschränkt habe, weil er zuvor seitens der Zeugin A. fehlerhaft beraten worden sei, habe deren Vernehmung nicht ergeben.

II.

Dies hält einer rechtlichen Überprüfung nicht stand.

Die Beklagten haben ihre anwaltlichen Pflichten auch dann verletzt, wenn man davon ausgeht, die Beklagten seien nur beauftragt gewesen zu prüfen, ob nach Durchführung des Lastenausgleichsverfahrens noch Ansprüche wegen der Betriebsrente geltend gemacht werden könnten. Es kann deshalb offenbleiben, ob das Berufungsgericht rechtsfehlerfrei zu der Annahme gelangt ist, der Kläger habe zu keinem Zeitpunkt zu erkennen gegeben, daß er eine über die Betriebsrente des Vaters hinausgehende Beratung wünsche, und er sei auch nicht durch eine falsche

Rechtsauskunft aus dem Büro der Beklagten zu der Erteilung eines beschränkten Mandats veranlaßt worden.

1. Die Pflicht des Anwalts, die Interessen seines Auftraggebers nach jeder Richtung umfassend wahrzunehmen und sich so zu verhalten, daß Schädigungen des Mandanten möglichst vermieden werden, besteht allerdings grundsätzlich nur in den Grenzen des erteilten Mandats (BGH, Urt. v. 29.4.1993 - IX ZR 101/92, NJW 1993, 2045 = GI 1993, 260; v. 4.6.1996 - IX ZR 51/95, NJW 1996, 2648, 2649; zur Steuerberaterhaftung vgl. auch BGHZ 128, 358, 361). Indes muß der Rechtsanwalt vor Gefahren, die ihm bekannt oder für ihn offenkundig sind, den Mandanten auch bei einem eingeschränkten Mandat warnen (BGH, Urt. v. 13.3.1997 - IX ZR 81/96, NJW 1997, 2168, 2169 = GI 1997, 185), wenn er Grund zu der Annahme hat, daß sich der Mandant der ihm drohenden Nachteile nicht bewußt ist.

2. Auf der Grundlage des in den Tatsacheninstanzen festgestellten Sachverhalts wurde für die Beklagten bei der Bearbeitung des Mandats offenkundig, daß dem Kläger neben der Vermögensposition, die er zum Gegenstand des Mandats gemacht hatte, weitere, damit im Zusammenhang stehende Rechte zustanden und daß ihm ein großer Schaden drohte, wenn jene nicht alsbald wahrgenommen wurden. Deshalb waren die Beklagten verpflichtet, den Kläger zu warnen.

a) Das Landgericht hat festgestellt, der Beklagte zu 1) habe durch die **Einsicht in die Lastenausgleichsakte** zwangsläufig Kenntnis vom Grund- und Aktienvermögen erhalten. Dagegen haben die Beklagten im Berufungsverfahren nichts erinnert. Das Berufungsgericht hat keine abweichenden Feststellungen getroffen. Es hat im Gegenteil ausgeführt, schon der Umstand, daß der Lastenausgleich mit einem für den Kläger positiven Ergebnis geendet habe, habe zwingend darauf schließen lassen, daß hier etwas zu entschädigen gewesen sei.

b) Bei dem Grund- und Aktienvermögen handelte es sich offensichtlich um eine bedeutende Vermögensposition. Als Rechtsgrundlage für einen Restitutionsanspruch kamen nur die §§ 3 ff des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen (Vermögensgesetz) in Betracht. Diese Materie war den Beklagten vertraut. Sie haben sich damit, wie sie selbst vorgetragen haben, ohnehin - bei der Prüfung der Ansprüche wegen der Betriebsrente - befaßt.

Restitutionsansprüche wegen des Grund- und Aktienvermögens waren verhältnismäßig leicht - leichter als die Rentenansprüche - zu realisieren. Die Beklagten haben keine Schwierigkeiten aufgezeigt, die der Geltendmachung der Ansprüche hätten entgegenstehen können; solche sind auch nicht ohne weiteres ersichtlich. **Daß wegen des Grund- und Aktienvermögens ein Lastenausgleich gewährt worden war, hinderte nicht, es nunmehr zum Gegenstand von Restitutionsansprüchen zu machen** (vgl. dazu Wasmuth, in: *Rechtshandbuch Vermögen und Investitionen in der ehemaligen DDR Bd. II, Einführung Vermögensgesetz Rdnr. 232; Säcker, Vermögensrecht, VermG vor § 1 Rdnr. 54*).

Das ist zwischen den Parteien nicht im Streit. Nach der Behauptung der Beklagten sind diese auch im Jahre 1992 keiner anderen Meinung gewesen. Sie haben vorgetragen, die Rechtsanwältin A. sei bereits damals eine qualifizierte Juristin gewesen, die zwar noch nicht über langjährige anwaltliche Erfahrungen verfügt habe, keineswegs jedoch „eine derartig unqualifizierte Antwort“ (bezüglich solcher Gegenstände, deren wegen ein Lastenausgleich gewährt worden sei, sei eine Restitution nicht möglich) gegeben hätte. Die auf den Antrag der Beklagten vernommene Zeugin A. hat ausgesagt: „Nach meiner üblichen Handhabung kann ich eine solche Äußerung nicht getan haben, daß mit dem Lastenausgleichsverfahren alles erledigt sei und weitere Ansprüche ausgeschlossen seien. Eine solche Aussage wäre ja gar nicht zu verantworten gewesen“. Dies kann nur dahingehend verstanden werden, daß die Beklagten behaupten wollen, die betreffende Rechtsfrage sei in ihrem Büro - also auch von ihnen selbst - schon im Jahre 1992 zutreffend beantwortet worden.

c) Andererseits waren Ansprüche wegen des Grund- und Aktienvermögens gefährdet, weil gemäß § 30a VermG, der durch Art. 1 Nr. 26 des Zweiten Vermögensrechtsänderungsgesetzes vom 14.7.1992 (BGBl I, 1257) eingeführt wurde, für die Geltendmachung eine Ausschußfrist bestand, die für Grundstücke am 31.12.1992, für bewegliche Sachen am 30.6.1993 ablief. Daß diese Frist, die auch für die Rentenansprüche von Bedeutung war, den Beklagten unbekannt gewesen sei, haben sie selbst nicht behauptet.

d) Zwischen dem Gegenstand des Mandats und der Gefahr bestand ein hinreichend enger Zusammenhang. Anlaß der Mandatierung der Beklagten war der Beitritt der neuen Bundeslän-

der zu der Bundesrepublik Deutschland. Dadurch wurden Vermögenswerte in der früheren DDR, über die Bundesbürger bisher nicht hatten verfügen können, wieder zugänglich. Das Grund- und Aktienvermögen der Eltern des Klägers war davon ebenso betroffen wie die Betriebsrente. Alle Positionen gehörten zu dem „Ostvermögen“ der Eltern.

e) Die Beklagten hatten keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß sich der Kläger seiner sonstigen, nicht von dem Mandat erfaßten Rechte und deren Gefährdung bewußt war. **Insbesondere gab es keinen Grund anzunehmen, er habe bei der Auftragserteilung die Restitutionsansprüche wegen der Grundstücke und Aktien bewußt und irrtumsfrei ausgeklammert.**

aa) Daß der Kläger, solange das Mandat bestand, jemals zum Ausdruck gebracht habe, er lege nur auf den Rentenanspruch wert, nicht auf die Grundstücke und Aktien, oder daß die Beklagten aus anderen Gründen etwas Derartiges hätten annehmen dürfen, haben die Beklagten nicht behauptet.

bb) **Die Beklagten hatten auch keinerlei Hinweis darauf, daß der Kläger Ansprüche wegen der Grundstücke und Aktien bereits realisiert hatte oder anderweitig verfolgen ließ.** Weder war er durch einen weiteren Rechtsanwalt beraten noch hatten die Beklagten Anlaß, solches zu vermuten. Daß der Kläger, wie den Beklagten bekannt war, Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre das Lastenausgleichsverfahren und anschließend ein verwaltungsgerichtliches Verfahren durchgeführt und sich dabei jeweils anwaltlichen Beistands bedient hatte, reicht nicht aus. Nach Sachlage mußten die Beklagten annehmen, daß der Kläger bei der Erteilung des Mandats von den Grundstücken und Aktien nur deshalb nicht gesprochen hatte, weil er entweder diese Vermögenspositionen aus dem Blick verloren hatte oder der irrigen Meinung war, insofern habe die Rechtsverfolgung keine Aussicht auf Erfolg.

cc) Dafür, daß dem Kläger die drohende Verfristung der Ansprüche wegen des Grund- und Aktienvermögens bekannt war, gab es nicht den geringsten Anhaltspunkt. Gegenteiliges haben die Beklagten auch nicht geltend gemacht.

III.

Das angefochtene Urteil erweist sich auch nicht aus anderen Gründen als im Ergebnis richtig (§ 563 ZPO).

Es kann nach dem bisherigen Sach- und Streitstand nicht ausgeschlossen werden, liegt im Gegenteil sogar nahe, daß der Kläger, falls er durch die Beklagten vor der Verfristung der Restitutionsansprüche gewarnt worden wäre, diese rechtzeitig geltend gemacht hätte (vgl. BGHZ 123, 311, 317). Nach dem derzeitigen Sach- und Streitstand ist nicht auszuschließen, daß er damit Erfolg gehabt hätte (s.o. II. 2. b).

Berufungsbegründung,

§ 519 ZPO

- Bezugnahme auf Schriftstück
 - Prozeßkostenhilfegesuch
- (BGH, Beschl. v. 10.3.1998 - XI ZB 1/98)

Leitsatz:

Eine ausreichende Berufungsbegründung liegt nicht vor, wenn lediglich auf die einem früheren Prozeßkostenhilfegesuch beigelegte, als „Entwurf“ einer Berufungsbegründung bezeichnete und vom zweitinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten nicht unterzeichnete Schrift verwiesen wird.

Aus den Gründen:

I.

Das Landgericht hat den Beklagten verurteilt, an die Klägerin 12.000 DM nebst Zinsen zu zahlen. Das Urteil wurde seinem Prozeßbevollmächtigten am 14.3.1997 zugestellt. Am 14.4.1997 reichte der Prozeßbevollmächtigte des Beklagten beim Oberlandesgericht einen Antrag auf Prozeßkostenhilfe für eine beabsichtigte Berufung ein. Er nahm dabei wegen der Erfolgsaussicht auf den beigelegten, nicht unterzeichneten „Entwurf“ einer Berufungsbegründung Bezug. Durch Beschluß vom 9.7.1997 gewährte das Oberlandesgericht Prozeßkostenhilfe.

Nachdem er am 8.9.1997 Berufung eingelegt hatte, gewährte ihm das Oberlandesgericht mit Beschluß vom 7.10.1997 antragsgemäß Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Berufungsfrist. Mit Beschluß vom 3.11.1997 - zugestellt am 11.12.1997 - verwarf das Oberlandesgericht die Berufung als unzulässig, da der Beklagte sie nicht ordnungsgemäß begründet habe.

Dagegen hat der Beklagte am 23.12.1997 sofortige Beschwerde eingelegt.

II.

Die nach §§ 519b Abs. 2, 547 ZPO zulässige sofortige Beschwerde ist nicht begründet. Mit zutreffender Begründung ist das Berufungsgericht zu dem Ergebnis gelangt, die vom Beklagten mit der Berufungsschrift vom 5.9.1997 verbundene Begründung werde den Anforderungen des § 519 Abs. 3 ZPO nicht gerecht, soweit darin zur Begründung auf den Prozeßkostenhilfeantrag vom 14.4.1997 und den Schriftsatz vom 23.6.1997 Bezug genommen werde.

1. Zwar kann die Bezugnahme auf ein vom Berufungsanwalt unterzeichnetes, den Erfordernissen des § 519 ZPO entsprechendes Schriftstück, z.B. ein Prozeßkostenhilfegesuch, als Berufungsbegründung genügen, wenn damit nach außen belegt wird, daß der Anwalt den Prozeßstoff selbst überprüft hat und es sich um das Ergebnis seiner geistigen Tätigkeit handelt. Diese Voraussetzungen hat das Berufungsgericht hier jedoch zutreffend deshalb verneint, weil der Prozeßbevollmächtigte des Beklagten lediglich das Prozeßkostenhilfegesuch unterschrieben und dabei auf eine als Anlage beigefügte und ausdrücklich als „Entwurf“ bezeichnete Schrift verwiesen hatte.

Der äußere Nachweis, daß die Anlage von dem Berufungsanwalt durchgearbeitet ist, ist bei dieser Fallgestaltung nicht gegeben. **Es fehlt somit der notwendige Nachweis dafür, daß der Prozeßbevollmächtigte des Beklagten völlig eindeutig die Verantwortung für den Inhalt des „Entwurfs“ übernommen hat** (st. Rspr., vgl. z.B. BGH, Beschl. v. 11.12.1958 - II ZB 18/58, MDR 1959, 281; Urt. v. 24.5.1962 - II ZR 173/60, NJW 1962, 1724; Beschl. v. 16.10.1985 - VIII ZB 15/85, VersR 1986, 91; BGHZ 7, 170; 111, 339, 345; MünchKomm-ZPO/Rimmelpacher, § 518 Rdn. 5).

2. Auch die weitere Bezugnahme auf den Schriftsatz des Beklagten vom 23.6.1997 wird den Anforderungen an den Inhalt einer Berufungsbegründung nach § 519 Abs. 3 ZPO nicht gerecht. Dieser Schriftsatz stellt lediglich eine Erwiderung auf die Sachverhaltsdarstellungen der Klägerin im Schriftsatz vom 28.4.1997 dar und läßt nicht erkennen, welche Anfechtungsgründe gegen das erstinstanzliche Urteil im einzelnen vorgebracht werden. Er ist ersichtlich nicht zur Berufungsbegründung bestimmt (vgl. hierzu z.B. BGH, Beschl. v. 16.10.1985 - VIII ZB 15/85, VersR 1986, 91).

Wiedereinsetzung

- Antragsfrist, § 234 Abs. 1 ZPO
- Fristprüfung durch Rechtsanwalt
- Handaktenvorlage
- (BGH, Beschl. v. 5.2.1998 - VII ZB 8/97)

Leitsätze:

1. Ein Rechtsanwalt hat den Ablauf der Rechtsmittelbegründungsfrist nicht bei jeder Vorlage der Handakten, sondern nur dann eigenverantwortlich zu prüfen, wenn ihm die Akten im Zusammenhang mit einer fristgebundenen Prozeßhandlung, insbesondere zu deren Bearbeitung, vorgelegt werden oder sich sonst die Notwendigkeit einer Überprüfung aufdrängt.

2. Werden dem für die Dauer von 10 Tagen amtlich bestellten Vertreter eines Rechtsanwalts Handakten zu einem Verfahren, in dem ein Vorbehaltsurteil zugestellt worden ist, und das Schlußurteil zwecks Zustellung vorgelegt, so muß er die Handakten nicht darauf prüfen, ob gegen das Vorbehaltsurteil Berufung eingelegt und diese rechtzeitig begründet worden ist.

Aus den Gründen:

I.

1. Die Beklagten sind durch Teil-End- und Vorbehaltsurteil des Landgerichts vom 28.11.1996 zur Zahlung von 189.804,62 DM, davon 40.260,60 DM unter Vorbehalt der Entscheidung über die erklärte Aufrechnung, verurteilt worden. Die hiergegen fristgerecht am 30.12.1996 beim Oberlandesgericht eingegangene Berufung haben die Beklagten am 6.3.1997 begründet. Bereits am 25.2.1997 haben sie Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Versäumung der Berufungsbegründungsfrist beantragt.

Zur Begründung haben sie vorgetragen, die Bürovorsteherin ihres Prozeßbevollmächtigten habe die Frist zur Berufungsbegründung und die Vorfrist entgegen seiner Anweisung weder in den gebundenen Fristenkalender noch in den Wiedervorlagekalender der EDV-unterstützten Anlage eingetragen. Am 14.2.1997 sei das Schlußurteil des Landgerichts zugestellt worden.

In der Zeit vom 12.2. bis einschließlich 20.2.1997 sei ihr Prozeßbevollmächtigter in Urlaub gewesen. Nach seiner Rückkehr seien ihm am 21.2.1997 das Schlußurteil, die erstinstanzliche Handakte sowie die Berufungsakte vorgelegt

worden. Dabei habe er die Versäumung der Frist zur Berufungsbegründung bemerkt.

2. Das Berufungsgericht hat den Wiedereinsetzungsantrag zurückgewiesen und die Berufung der Beklagten als unzulässig verworfen. Es hat dabei darauf abgestellt, die versäumte Prozeßhandlung sei nicht innerhalb der Frist des § 234 Abs. 1 ZPO nachgeholt worden. Diese Frist habe nicht erst am 21.2.1997, sondern bereits am 14.2.1997 zu laufen begonnen.

Die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist sei mit der Vorlage des Schlußurteils und der Berufungsakte erkennbar gewesen. Der Prozeßbevollmächtigte der Beklagten habe es unterlassen, für eine Vertretung während seiner Abwesenheit zu sorgen. Ein Vertreter hätte wie der Prozeßbevollmächtigte der Beklagten selbst bereits am 14.2.1997 erkennen können, daß die Berufungsbegründungsfrist abgelaufen sei. Angesichts der Zweifel des Prozeßbevollmächtigten der Beklagten wegen des gegen das Schlußurteil einzulegenden Rechtsmittels hätte sich dieser das Urteil sofort vorlegen lassen müssen, um die Entscheidung über eine Fristverfügung zu treffen.

Noch vor Zustellung dieses Beschlusses haben die Beklagten mit Schriftsatz vom 27.3.1997 u.a. ergänzend vorgetragen und glaubhaft gemacht, während des Urlaubs ihres Prozeßbevollmächtigten sei Rechtsanwalt A. als amtlich bestellter Vertreter tätig geworden. Diesem seien am 14.2.1997 lediglich die erstinstanzlichen Handakten und das Schlußurteil vorgelegt worden. Rechtsanwalt A. sei nicht verpflichtet gewesen festzustellen, ob gegen das Vorbehaltsurteil Berufung eingelegt worden sei. Seine Anweisung, die Handakten und das Schlußurteil dem Prozeßbevollmächtigten nach dessen Rückkehr am 21.2.1997 vorzulegen, sei ausreichend gewesen.

3. Die Beklagten haben gegen den Beschluß des Berufungsgerichts form- und fristgerecht sofortige Beschwerde eingelegt und ihr Vorbringen vertieft.

II.

Das Rechtsmittel hat Erfolg. Der Prozeßbevollmächtigte der Beklagten hat die Wiedereinsetzungsfrist gemäß § 234 Abs. 1, 2 ZPO nicht versäumt. Das Berufungsgericht hat zwar im Ansatz zutreffend ausgeführt, die Beklagten hätten in ihrem Wiedereinsetzungsantrag nichts dazu

vorgetragen, ihr Prozeßbevollmächtigter habe für die Zeit seiner Urlaubsabwesenheit einen Vertreter bestellt gehabt. Ihr ergänzendes Vorbringen war jedoch zu berücksichtigen. Danach begann die Wiedereinsetzungsfrist erst am 22.2.1997 zu laufen. Die versäumte Prozeßhandlung ist damit rechtzeitig nachgeholt.

1. Nach § 234 Abs. 1 ZPO ist die Wiedereinsetzung innerhalb einer **zweiwöchigen Frist** zu beantragen; diese Frist beginnt mit dem Ablauf des Tages, an dem das Hindernis behoben ist (§ 234 Abs. 2 ZPO). Das ist schon dann der Fall, wenn das Weiterbestehen des Hindernisses nicht mehr als unverschuldet angesehen werden kann. **Die Frist beginnt deshalb spätestens mit dem Zeitpunkt, in dem der verantwortliche Anwalt bei Anwendung der unter den gegebenen Umständen von ihm zu erwartenden Sorgfalt die eingetretene Säumnis hätte erkennen können; dies ist wiederum davon abhängig, wann der Anwalt Anlaß hatte zu prüfen, ob das Fristende richtig ermittelt und festgehalten war** (st. Rspr., vgl. BGH, Beschl. v. 22.1.1997 – XII ZB 195/96, BGHR-ZPO § 233 – Rechtsmittelauftrag 24 und v. 31.1.1990 – VIII ZB 44/89, VersR 1990, 543).

2. Danach ist entscheidend, ob der ergänzende Vortrag der Beklagten zu berücksichtigen ist. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs müssen alle Tatsachen, die für die Wiedereinsetzung von Bedeutung sein können, innerhalb der zweiwöchigen Antragsfrist vorgetragen werden. **Lediglich unklare oder ergänzungsbedürftige Angaben dürfen nach Fristablauf erläutert und vervollständigt werden, insbesondere, wenn deren Aufklärung nach § 139 ZPO geboten war** (Beschl. v. 8.4.1997 – VI ZB 8/97, GI 1997, 237 = NJW 1997, 2120 und v. 14.2.1991 – VII ZB 8/90, NJW 1991, 1359).

Danach ist der ergänzende Vortrag der Beklagten zu berücksichtigen. Das Berufungsgericht stellt maßgeblich auf die Vorlage des Schlußurteils ab, dessen Zustellung am 14.2.1997 bewirkt worden sein soll. Mithin sprach alles dafür, daß an diesem Tage ein Rechtsanwalt oder ein amtlich bestellter Vertreter für den Prozeßbevollmächtigten der Beklagten tätig geworden war (vgl. BGH, Beschl. v. 21.4.1982 – IVa ZB 20/81, NJW 1982, 1650). Schon dieser Umstand hätte dem Berufungsgericht Anlaß zu einem Hinweis nach § 139 ZPO geben müssen.

3. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs hat ein Rechtsanwalt den **Ablauf von Rechtsmittelbegründungsfristen nicht bei**

jeder Vorlage der Handakten, sondern nur dann eigenverantwortlich zu prüfen, wenn ihm die Akten im Zusammenhang mit einer fristgebundenen Prozeßhandlung, insbesondere zu deren Bearbeitung, vorgelegt werden oder sich sonst die Notwendigkeit einer Überprüfung aufdrängt (Beschl. v. 11.2.1992 - VI ZB 2/92, NJW 1992, 1632 und v. 3.5.1984 - VII ZB 6/84, VersR 1984, 662 f). Beides war hier nicht der Fall.

Die Handakten des erstinstanzlichen Verfahrens wurden Rechtsanwalt A. am 14.2.1997 mit dem Schlußurteil vorgelegt. Eine fristgebundene Prozeßhandlung hatte er nicht vorzunehmen. Da das Vorbehaltsurteil nach § 302 Abs. 3 ZPO hinsichtlich der Rechtsmittel als Endurteil zu behandeln ist und dies gleichermaßen für das Schlußurteil gilt, bestand für ihn auch keine Notwendigkeit, die vorgelegten Handakten darauf zu prüfen, ob und wann das Vorbehaltsurteil zugestellt und ob hiergegen Berufung eingelegt und diese begründet worden war.

Mithin genügte Rechtsanwalt A., der den Prozeßbevollmächtigten der Beklagten nur bis zum 20.2.1997 zu vertreten hatte, seinen Sorgfaltpflichten mit der Anordnung, die Akten bei dessen Rückkehr zwecks weiterer Veranlassung vorzulegen.

Die Annahme des Berufungsgerichts, dem Prozeßbevollmächtigten der Beklagten wäre am 14.2.1997 bei Vorlage des Schlußurteils und der Berufsakten die Fristversäumung erkennbar gewesen, führt zu keiner anderen Beurteilung. Zum einen sind nach den ergänzten Angaben Rechtsanwalt A. die Handakten des Berufungsverfahrens gerade nicht vorgelegt worden, ohne daß den Prozeßbevollmächtigten der Beklagten insoweit ein organisatorisches Verschulden trifft. Zum anderen hatte der amtlich bestellte Vertreter die tatsächliche Kenntnis des Prozeßbevollmächtigten der Beklagten über das laufende Berufungsverfahren gerade nicht.

4. Da das Berufungsgericht sich lediglich mit der Versäumung der Antragsfrist, nicht aber mit dem Antrag auf Wiedereinsetzung in der Sache befaßt hat, war der Beschluß aufzuheben und die Sache zur erneuten Entscheidung über diesen Antrag an das Berufungsgericht zurückzuverweisen (§ 575 ZPO).

Notarhaftung

- Formularvertrag
- Nichtkaufmännischer Bereich
- Verzugszinsklausel, Verstoß gegen § 11 Nr. 4 und Nr. 5b AGBG?
- Fälligkeitszinsen, § 9 Abs. 2 Nr. 1 AGBG (BGH, Urt. v. 11.12.1997 - IX ZR 46/97)

Leitsatz:

Im nichtkaufmännischen Verkehr können im Wege von Allgemeinen Geschäftsbedingungen keine Fälligkeitszinsen vereinbart werden.

Zum Sachverhalt:

Die in einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts verbundenen Kläger erwarben mit einem von dem verklagten Notar am 31.7.1992 beurkundeten Kauf- und Abtretungsvertrag von der Treuhandanstalt (nunmehr: Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben) die Geschäftsanteile an einer GmbH zum Kaufpreis von 1 Mio. DM.

Bei der Beurkundung trat für die Treuhandanstalt ein vollmachtloser Vertreter auf. Der Kaufpreis sollte 30 Werkstage nach Genehmigung des Vertrages fällig sein und auf ein Konto der Verkäuferin überwiesen werden. Unter § 3 Nr. 7 des Vertrages war bestimmt:

„Für den Fall einer verspäteten Zahlung (maßgebend ist der Eingang des Geldes auf dem angegebenen Konto) ist der Kaufpreis vom Tage der Fälligkeit an bis zum Zahlungstage mit jährlich 5 % über dem jeweils geltenden Diskontsatz der deutschen Bundesbank, mindestens jedoch mit jährlich 8 % zu verzinsen.“

Die Geltendmachung eines weitergehenden Verzugschadens bleibt unberührt.“

Die Treuhandanstalt genehmigte den Vertrag am 5.1.1993. Zum Vermögen der GmbH gehörten Grundstücke, die zur Kaufpreisfinanzierung beliehen werden sollten. Am 19.5.1993 bestellte die GmbH zur Urkunde des Beklagten dem finanzierenden Kreditinstitut eine Grundschuld. Am selben Tage beurkundete der Beklagte einen Kaufvertrag, wonach die GmbH die Grundstücke für 1 Mio. DM an die Kläger veräußerte.

Der als „Grundvertrag“ bezeichnete Kaufvertrag vom 31.7.1992 sollte dadurch nicht berührt werden. Der Kaufpreisanspruch für die Grund-

stücke, der an die Treuhandanstalt abgetreten wurde, sollte sofort fällig und auf ein Notaranderkonto des Beklagten zahlbar sein. Der Grundstückskaufvertrag wurde mangels Genehmigung durch die Treuhandanstalt nicht wirksam.

Am 24.5.1993 zahlte die Finanzierungsbank den Darlehensbetrag von 1 Mio. DM auf ein von dem Beklagten errichtetes Anderkonto ein. Nach einer telefonischen Verhandlung mit der Treuhandanstalt und dem Kläger zu 1) vom 26.8.1993 wies der Beklagte die kontoführende Bank an, den hinterlegten Betrag nebst Zinsen an die Treuhandanstalt zu überweisen. Davon gab der Beklagte der Treuhandanstalt und den Klägern Nachricht. Anschließend kamen dem Beklagten indes wegen der ausstehenden Genehmigung des Grundstückskaufvertrages Bedenken. Er widerrief die Auszahlungsanweisung, ohne die Treuhandanstalt und die Kläger zu verständigen. Erst am 23.6.1994 erfolgte die Auszahlung.

Die Kläger, die von der Treuhandanstalt gemäß § 3 Nr. 7 des „Grundvertrages“ auf Zahlung von Zinsen in Höhe von 96.469,74 DM in Anspruch genommen werden, verlangen vom Beklagten wegen Amtspflichtverletzung Freistellung. Die Vorinstanzen haben der Klage teilweise – das Berufungsgericht nur noch in Höhe von 28.132,71 DM – stattgegeben. Zur Klärung der Wirksamkeit der Zinsklausel hat das Berufungsgericht die Revision zugelassen.

Die von dem Beklagten eingelegte Revision führt zur vollständigen Klageabweisung.

Aus den Gründen:

I.

Nach Ansicht des Berufungsgerichts hat der Beklagte seine Amtspflichten im Sinne von § 19 Abs. 1 BNotO verletzt, indem er die Vertragsparteien nicht über den Widerruf der Auszahlungsanweisung informiert und den Kaufpreis verspätet an die Treuhandanstalt ausgekehrt habe. Dieser stünden Zinsen für die Zeit vom 29.5. bis einschließlich 13.10.1993 zu. Da die Zinsklausel keine Verzugs-, sondern Fälligkeitszinsen betreffe, sei sie nicht gemäß § 11 Nr. 4, 5 AGBG unwirksam.

II.

Diese Auffassung hält einer rechtlichen Überprüfung in einem wesentlichen Punkt nicht stand.

Dabei kann offenbleiben, ob der Beklagte – wie das Berufungsgericht gemeint hat – gegen seine Amtspflichten verstoßen hat. Jedenfalls ist durch einen etwaigen Pflichtenverstoß keine als Schaden anzusehende Zinsverbindlichkeit gegenüber der Treuhandanstalt entstanden.

1. Entgegen der von der Revisionserwiderung vertretenen Ansicht kann – und muß – der Senat dies im Rahmen des vorliegenden Rechtsstreits berücksichtigen. Ein auf Freistellung gerichteter Schadenersatzanspruch wegen Belastung mit einer Verbindlichkeit setzt voraus, daß der Anspruchsteller tatsächlich mit dieser Verbindlichkeit beschwert ist (BGH, Urt. v. 11.6.1986 – VIII ZR 153/85, WM 1986, 1115, 1117 m.w.N.; v. 24.3.1988 – IX ZR 114/87, NJW 1988, 3013, 3015; v. 30.11.1989 – IX ZR 249/88, NJW 1990, 1366, 1367).

2. Die Zinsklausel in dem Anteilskaufvertrag ist unwirksam. Ob dadurch eine Verpflichtung zur Bezahlung von Fälligkeitszinsen begründet werden sollte, wie das Berufungsgericht gemeint hat, oder von Verzugszinsen, wie die Revision geltend macht, ist unerheblich.

a) Nach den Feststellungen des Berufungsgerichts ist der **Kaufvertrag über die GmbH-Anteile, wiewohl vor einem Notar geschlossen, ein Formularvertrag, der unter das AGB-Gesetz fällt**. Der Senat kann die Bestimmung unter § 3 Nr. 7 überprüfen, weil anzunehmen ist, daß die Treuhandanstalt derartige Verträge nicht nur mit Vertragspartnern aus dem Lande Sachsen-Anhalt abgeschlossen hat.

b) Handelt es sich bei der Bestimmung unter § 3 Nr. 7 um eine **Verzugszinsklausel**, ist diese bei Vereinbarung mit Nichtkaufleuten, wie es die Kläger sind, nach § 11 Nr. 4 AGBG unwirksam. Der Verwender (Treuhandanstalt) wird von der gesetzlichen Obliegenheit **freigestellt, den anderen Vertragsteil zu mahnen**. Außerdem ist die Klausel nach § 11 Nr. 5b AGBG unwirksam, weil der Vertragspartner des Klauselverwenders wegen der apodiktischen Fassung („ist ... zu verzinsen“) davon ausgehen muß, **ihm werde der Nachweis eines wesentlich geringeren Verzugsschadens abgeschnitten** (vgl. BGH, Urt. v. 31.1.1985 – III ZR 105/83, NJW 1986, 376, 377 f; v. 19.6.1996 – VIII ZR 189/95, WM 1996, 2025, 2027).

c) Begründet die Klausel eine Verpflichtung zur Zahlung von **Fälligkeitszinsen**, unterliegt sie zwar nicht der Inhaltskontrolle gemäß § 11

Nr. 4 und 5 AGBG (vgl. - für Stundungszinsen - BGHZ 95, 362, 369; Wolf, in: Wolf/Horn/Lindacher, AGBG 3. Aufl., § 9 Rdnr. D 35), wohl aber - als Preisnebenabrede - derjenigen gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 1 AGBG. Dieser hält sie nicht stand.

Von Gesetzes wegen sind **nur Kaufleute untereinander berechtigt, für ihre Forderungen aus beiderseitigen Handelsgeschäften Fälligkeitszinsen zu verlangen (§ 353 Satz 1 HGB)**. Der gesetzliche Zinssatz beträgt 5 % (§ 352 HGB).

Der Verkauf der GmbH-Anteile war kein Handelsgeschäft. **Im nichtkaufmännischen Verkehr können im Wege von Allgemeinen Geschäftsbedingungen** (zur individualvertraglichen Vereinbarung vgl. BGH, Urt. v. 24.4.1992 - V ZR 13/91, ZIP 1992, 939, 940) **keine Fälligkeitszinsen vereinbart werden** (Graf v. Westphalen, in: Löwe/Graf v. Westphalen/Trinkner, Großkommentar zum AGB-Gesetz 2. Aufl., Bd. III 24.3 Rdnr. 1). Denn eine derartige Vereinbarung weicht der Sache nach von den §§ 284, 288 BGB und damit von wesentlichen Grundgedanken der gesetzlichen Regelung ab.

In ihren Wirkungen bestehen zwischen der Vereinbarung von Fälligkeitszinsen und der Vereinbarung von Verzugszinsen kaum Unterschiede. Fälligkeitszinsen können den Schuldner sogar mehr als Verzugszinsen belasten, weil sie in keinem Falle Verzug voraussetzen. Ist die hier in Rede stehende Zinsklausel unwirksam, wenn sie Verzugszinsen betrifft, kann sie deshalb als Fälligkeitszinsklausel nicht wirksam sein.

Ob neben § 9 Abs. 2 Nr. 1 auch § 3 AGBG anwendbar ist (so Graf v. Westphalen, Vertragsrecht und AGB-Klauselwerke, Stichwort „Fälligkeitszinsen“ Rdnr. 5), bedarf danach keiner Entscheidung.

Steuerberaterhaftung

- Konkursantragspflicht
- GmbH-Geschäftsführer
- (BGH, Beschl. v. 24.2.1994 - IX ZR 126/93)

Der Nichtannahmebeschluß der Revision gegen das Urteil des OLG Schleswig vom 28.5.1993 - 10 U 13/92, GI 1993, 373 ff, hat folgenden Wortlaut:

Die Rechtssache hat keine grundsätzliche Bedeutung und die Revision im Ergebnis keine Aussicht auf Erfolg (§ 554b ZPO).

Die tatrichterliche Würdigung, daß den Geschäftsführern der Gemeinschuldnerin deren **Überschuldung** sowohl im März 1987 als auch im April 1988 **bewußt war**, ist verfahrensfehlerfrei getroffen. Jedenfalls unter dieser Voraussetzung **brauchte die Beklagte nicht auf die Pflichten hinzuweisen, die den Geschäftsführern der GmbH im Hinblick auf §§ 63, 64 GmbHG obliegen**.

Steuerberaterhaftung

- Verjährungsbeginn
- Aussage zur Sozialversicherung eines GmbH-Geschäftsführers
- Anmerkung
- (OLG Frankfurt, Beschl. v. 9.7.1998 - 16 W 9/98)

Leitsätze (d. Red.):

1. Bei nicht steuerlichem Beratungsverschulden (hier: Auskunft zur fehlenden Sozialversicherungspflicht eines GmbH-Geschäftsführers) bleibt es für den Verjährungsbeginn bei der allgemeinen Regel, nach der ein Schadenersatzanspruch entstanden ist, wenn und sobald er klageweise geltend gemacht werden kann.
2. Wirft der Mandant dem Steuerberater vor, ihn durch die falsche Auskunft zu einer nachteiligen Vermögensdisposition veranlaßt zu haben, entsteht der Schadenersatzanspruch mit Abschluß des Rechtsgeschäfts.

Aus den Gründen:

Der Kläger beantragt Prozeßkostenhilfe für eine Klage, mit der er die Feststellung begehrt, daß ihm der Beklagte zum Ersatz des Schadens verpflichtet ist, der ihm infolge einer fehlerhaften Beratung durch den Beklagten entstanden sein soll.

Nach dem Vorbringen des Klägers hat ihm der Beklagte im Zusammenhang mit am 6.12.1989 erfolgten notariellen Beurkundungen einer GmbH-Gründung und eines Treuhandvertrages **erklärt, durch die vertraglichen Regelungen sei gewährleistet, daß der Kläger als Angestellter der GmbH in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherbar sei**.

Tatsächlich sei dies für den Zeitraum 1.1.1990 bis 31.8.1993 nicht der Fall gewesen, wie sich

nach einer Betriebsprüfung durch die DAK am 22.4.1994 herausgestellt habe. Hierdurch verliere er, der Kläger, eine monatliche Erwerbsunfähigkeitsrente in Höhe von etwa 1.200 bis 1.400 DM.

Das Landgericht hat die beantragte Prozeßkostenhilfe mit dem angefochtenen Beschluß versagt und der hiergegen gerichteten Beschwerde durch Beschluß vom 17.2.1998 nicht abgeholfen.

Die Beschwerde ist nicht begründet.

Allerdings dürfte bei summarischer Prüfung (§ 114 ZPO) ein Schadenersatzanspruch des Klägers wegen **fehlerhafter Beratung** durch den Beklagten entstanden sein. Für die Behauptung des Klägers, der Beklagte habe ihm im November 1989 ausdrücklich erläutert, daß seine **Versicherbarkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung gewährleistet** sei, spricht immerhin das Schreiben des Beklagten an den Kläger vom 23.11.1989. Darin nimmt er „in Ihrer Rentenversicherungsangelegenheit“ Bezug auf ein „kürzlich geführtes persönliches Gespräch“ der Parteien.

Daraus könnte entnommen werden, daß der Beklagte nicht nur in steuerlichen Angelegenheiten, sondern auch – zumindest bei dieser Gelegenheit – zu rentenversicherungsrechtlichen Konsequenzen beraten hat, zumal es nach Behauptung des Klägers zu den typischen Aufgaben eines Steuerberaters gehören soll, die Vertragsgestaltung so vorzuschlagen, daß **Geschäftsführer einer Gesellschaft in versicherungsrechtlicher Hinsicht nicht als Unternehmer** gelten und damit nicht mehr der gesetzlichen Rentenversicherung unterliegen können. Eine insoweit falsche Beratung durch den Beklagten wäre für den Schaden des Klägers wohl auch **ursächlich** geworden.

Zwar ging es dem Kläger bei Abschluß des Treuhandvertrages offenbar in erster Linie darum, seine tatsächlichen Vermögensverhältnisse vor seinen Gläubigern zu verschleiern; die eidesstattliche Versicherung des H. vom 5.3.1997 läßt daran kaum Zweifel. Dieses im Vordergrund stehende Motiv schließt es aber noch nicht aus, daß der Kläger von der gewählten Konstruktion abgesehen hätte, wenn ihm unmißverständlich klar gemacht worden wäre, daß er mit ihr Gefahr lief, Versicherungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung zu verlieren.

Einer abschließenden Entscheidung zur Entstehung eines Schadenersatzanspruchs bedarf es jedoch nicht, weil auf jeden Fall die vom Beklagten erhobene **Einrede der Verjährung** durchgreift.

Nach § 68 StBerG verjährt der Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist. **Die Vorschrift gilt auch für Ansprüche, die aus einem Fehlverhalten des Steuerberaters hergeleitet werden, das in einem untrennbaren Zusammenhang mit der Besorgung steuerlicher Angelegenheiten in engerem Sinne (§ 33 StBerG) steht** (BGH, WM 1991, 1303, 1305 = GI 1991, 223; 1994, 504 f; OLG Köln, VersR 1989, 1103; Gehre, StBerG 3. Aufl., § 68 Rn. 3).

Nach dem Sachvortrag des Klägers besteht zwischen der Beratung in steuerrechtlicher Hinsicht und den Empfehlungen des Beklagten hinsichtlich der sozialversicherungsrechtlichen Folgen ein derartiger enger Zusammenhang.

Ein Schadenersatzanspruch ist entstanden, wenn ein Schaden wenigstens dem Grunde nach erwachsen ist, mag auch seine Höhe noch nicht beziffert werden können, ferner wenn durch die Verletzungshandlung eine als Schaden anzusehende Verschlechterung der Vermögenslage eingetreten ist, ohne daß feststehen muß, ob ein Schaden bestehen bleibt und damit endgültig wird, oder wenn eine solche Verschlechterung der Vermögenslage oder auch ein endgültiger Teilschaden entstanden ist und mit der nicht fernliegenden Möglichkeit weiterer, noch nicht erkennbarer, adäquat verursachter Nachteile bei verständiger Würdigung zu rechnen ist (BGH, NJW 1992, 2766 f = GI 1992, 311; Gehre, a.a.O., Rn. 7 m.w.N.).

Hat der Steuerberater steuerliche Nachteile seines Mandanten verschuldet, beginnt die Verjährung mit der Bekanntgabe eines auf der Beratungstätigkeit des Steuerberaters beruhenden belastenden Steuerbescheids, weil erst dann ein Schaden infolge eines Beratungsfehlers und damit ein Ersatzanspruch entstanden ist (BGH, NJW 1995, 2106, 2108; 1998, 1488 f).

Dagegen bleibt es in anderen als steuerlichen Angelegenheiten bei der allgemeinen Regel, nach der ein Schadenersatzanspruch entstanden ist, wenn und sobald er klageweise – bei Ungewißheit über die Schadenhöhe auch durch Feststellungsklage – geltend gemacht werden

kann (RGZ 1990, 82; BGH, NJW 1991, 1303, 1305 = GI 1991, 223; 1992, 2766 f; NJW-RR 1994, 1210 f = GI 1994, 259; OLG Köln, VersR 1989, 1103; OLG Stuttgart, DStR 1993, 1647).

Empfiehl ein Rechtsanwalt oder Steuerberater z.B. in engem inneren Zusammenhang mit einer rechtlichen bzw. steuerlichen Beratung pflichtwidrig eine nachteilige Vermögensanlage, beginnt die Verjährung bereits mit der rechtlichen Bindung an das Beteiligungsobjekt (BGH, WM 1991, 1303, 1305 = GI 1991, 223; 1994, 504 f).

Damit ist der hier zur Entscheidung stehende Fall vergleichbar. Nach dem Vorbringen des Klägers ist dem Beklagten kein Fehler bei Abgabe einer Steuererklärung oder im Zusammenhang mit einer sonstigen, in steuerlicher Hinsicht relevanten Handlung unterlaufen, im Gegenteil: Die steuerliche Beurteilung war mangelfrei, wird vom Kläger auch nicht beanstandet.

Vielmehr wirft er dem Beklagten vor, zu einer versicherungsrechtlich nachteiligen Vermögensdisposition geraten zu haben. Der hierdurch bewirkte Schaden war spätestens mit Abschluß des Treuhandvertrages am 6.12.1989 entstanden; bereits zu diesem Zeitpunkt bestand nämlich eine schadengleiche konkrete Gefährdung der Vermögenslage des Klägers. Folglich begann mit diesem Tage die Verjährung; sie lief daher im Dezember 1992 ab.

Der Auffassung des Klägers, die Verjährung beginne frühestens mit der Außenprüfung durch die DAK am 22.4.1994, wenn nicht gar erst mit Zugang des Bescheides der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte vom 17.2.1995, kann nicht gefolgt werden. Der Umstand, daß sich die Verjährung von Ansprüchen gegen den Steuerberater einheitlich nach § 68 StBerG richtet, bedeutet nicht, daß auch der Zeitpunkt der Entstehung von Schadenersatzansprüchen unabhängig davon bestimmt werden dürfte, in welchem Pflichtenkreis – in steuerlichen oder sonstigen Angelegenheiten – die fehlerhafte Beratung erfolgt sein soll.

Ein **sekundärer Schadenersatzanspruch** (Gehre, a.a.O.; § 68 Rn. 13 m.w.N.) besteht nicht und wäre im übrigen ebenfalls verjährt:

Voraussetzung für einen derartigen Anspruch ist, daß der Steuerberater **während des Laufs der Primärverjährung Anlaß hat, die Fehler-**

haftigkeit seiner Beratung zu erkennen (BGH, NJW 1995, 2106 f). Dann ist er verpflichtet, den Mandanten auf die Möglichkeit eines Schadens und einen etwaigen Schadenersatzanspruch hinzuweisen.

Für die Zeit bis Dezember 1992 ist dafür nichts vorgetragen. Die Betriebsprüfung der DAK erfolgte am 22.4.1994; erst danach pfändete der Beklagte den Anspruch des Klägers gegen die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte auf Rückerstattung zu Unrecht gezahlter Pflichtbeiträge. Selbst wenn das an sich unsubstantiierte Vorbringen des Klägers, der Beklagte habe „spätestens Ende 1993“ gewußt, daß der Kläger nicht sozialversicherungspflichtig sei, zugrunde gelegt würde, wäre diese Kenntnis nicht innerhalb der Primärverjährungsfrist erlangt worden.

Davon abgesehen wäre ein Sekundäranspruch, wenn er entstanden wäre, im Dezember 1995 ebenfalls verjährt. Denn die Verjährungsfrist für diesen Anspruch beginnt spätestens mit der Vollendung der Verjährung des Primäranspruchs zu laufen (BGH, AnwBl 1991, 154; NJW 1995, 2106 f). Handlungen, die eine Unterbrechung oder Hemmung der Verjährungsfrist bewirken könnten, sind nicht ersichtlich.

Anmerkung Dr. Gräfe:

Ein Ausblick zum sozialversicherungsrechtlichen Mandatsbereich:

Im Rahmen der Lohnbuchhaltung obliegt dem Steuerberater die steuerliche Lohnabrechnung, die Führung des Lohnkontos gemäß § 7 LStDV und die An- und Abmeldung beim zuständigen Sozialversicherungsträger.

Das Steuerberatungsmandat verpflichtet darüber hinaus nicht zur Beratung in Fragen der Lebensvorsorge, in sozialversicherungsrechtlichen Fragen oder in allgemeinen Vermögensangelegenheiten (ebenso: OLG Köln, VersR 1990, 393 = GI 1990, 198; LG Lüneburg, DStR 1971, 192; Gehre, StBerG, § 33 Rn. 17; Geschäftsanweisung der BfA zum Aktenzeichen 4010 - 12/2.4.01, abgedruckt im Mitteilungsblatt der Steuerberaterkammer Köln 1990, 61).

Verjährung von Regreß- ansprüchen

- Steuerberatung durch Rechtsanwalt
- Fachanwalt für Steuerrecht
- Fehlvorstellung über Berufsbezeichnung
(OLG Hamm, Urt. v. 21.1.1998 - 25 U 108/97,
n.rkr.)

Leitsätze (d. Red.):

1. Übernimmt der Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht die Steuerberatung, so verjährt der Regreßanspruch des Mandanten gem. § 51b BRAO, da ein Anwaltsvertrag abgeschlossen wurde.

2. Auf etwaige Fehlvorstellungen des Mandanten über den Beruf - Steuerberater oder Rechtsanwalt - kommt es für die Beurteilung der Vertragsbeziehungen und die anwendbare Verjährungsvorschrift - §§ 68 StBerG oder 51b BRAO - nicht an.

Zum Sachverhalt:

Die Kläger nehmen den Beklagten auf Schadenersatz wegen fehlerhafter steuerlicher Beratung in Anspruch.

Die Kläger, Vater und Sohn, sind von Beruf Tierärzte. Der Beklagte ist Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht. Als die Kläger im Jahre 1983 beabsichtigten, als Tierärzte zusammenzuarbeiten, erteilten sie dem Beklagten den Auftrag, die Rechtsverhältnisse zwischen ihnen vertraglich zu regeln.

Der Beklagte verfaßte daraufhin einen von den Klägern unterzeichneten Vertrag vom 28.12.1993, in dessen § 1 die ab dem 1.1.1984 zu betreibende Praxis als „Gruppenpraxis“ bezeichnet wird. Demgegenüber ist in § 2 bestimmt, daß Einnahmen und Ausgaben gemeinsam getragen würden und daß von dem verbleibenden Überschuß der Kläger zu 2) einen festen Gewinnanteil in Höhe von 35.000 DM jährlich erhalten, während der verbleibende Gewinn dem Kläger zu 1) zustehen solle. (...)

Die Kläger haben in der Folgezeit im Rahmen ihres Praxisbetriebes regelmäßig Arzneimittel sowohl von ihnen behandelten Tieren eigenhändig verabreicht und berechnet als auch an Halter der von ihnen behandelten Tiere entgeltlich abgegeben.

Nach einem Runderlaß des Finanzministeriums NRW vom 23.10.1987 ist dann, wenn Tierärzte eine Praxisgemeinschaft in Form einer GbR betreiben, die gesamte Tätigkeit der Gesellschaft als gewerblich zu beurteilen, wenn die in ihr zusammengeschlossenen Gesellschafter teilweise gewerblich tätig sind. Dies gilt auch für Fälle, in denen die Abgabe von Tierarzneimitteln und Impfstoffen gegen Entgelt (zum Teil) als gewerbliche Tätigkeit zu qualifizieren ist.

Allerdings kann der Arzneimittelverkauf und die Arzneimittelabgabe ausgegliedert werden mit der Folge, daß die berufliche Tätigkeit der Gemeinschaftspraxis von der Gewerbesteuer nicht erfaßt wird, während der aus der Gemeinschaftspraxis ausgegliederte Arzneimittelhandel der Gewerbesteuer unterliegt. Nach dem Runderlaß ist es jedoch für die steuerliche Anerkennung zwingend erforderlich, daß Arzneimittelaufkauf und -abgabe nicht nur rechtlich, sondern auch organisatorisch - d.h. insbesondere in Bezug auf Lagerhaltung, Buchführung und Rechnungsabgrenzung - von der Tätigkeit der Gemeinschaftspraxis völlig getrennt gehalten werden.

Anlässlich einer Betriebsprüfung, die u.a. die Gewerbesteuer für 1989 bis 1991 erfaßte, wurde festgestellt, daß von den Klägern Tiermedikamente in großem Umfang bezogen wurden, die nicht nur der Notfallversorgung gedient hätten. Insoweit wird Bezug genommen auf den Betriebsprüfungsbericht vom 19.9.1994. Dementsprechend wurden die Kläger, die keine Trennung der Geschäftszweige durchgeführt hatten, zur Gewerbesteuer herangezogen, wobei das Finanzamt entsprechend dem vorbezeichneten Runderlaß die gesamte Tätigkeit der Kläger als Bemessungsgrundlage zugrunde gelegt hat.

Unstreitig haben die Kläger dem Beklagten Anfang März 1993 das Mandat entzogen und den Steuerberater L. mit der weiteren Vertretung und Beratung in allen Steuerangelegenheiten beauftragt.

Mit der am 28.6.1996 beim Landgericht eingereichten und dem Beklagten am 16.7.1996 zugestellten Klage haben die Kläger den Beklagten auf Schadenersatz in Anspruch genommen, wobei sie geltend gemacht haben, dieser habe sie fehlerhaft beraten, indem er nicht darauf hingewiesen habe, daß die tierärztliche Praxistätigkeit einerseits und die Medikamentenabgabe andererseits wegen der steuerlichen Konsequenzen getrennt werden müßten.

Die Kläger haben den Beklagten zunächst im Wege des Schadenersatzes auf Erstattung der Gewerbesteuer für die Jahre 1989 bis 1991 in Anspruch genommen und haben beantragt, ...

Der Beklagte hat eine Pflichtverletzung in Abrede gestellt, da ihm nicht bekannt gewesen sei, daß die Kläger eine Tätigkeit als „Tierapotheker“ ausgeübt hätten, zumal ihm von Seiten der Kläger die Buchführung nicht übertragen worden sei und er auch zu keiner Zeit Einsicht in die Ausgangsrechnungen der Kläger gehabt habe. Der Beklagte hat die Einrede der Verjährung erhoben.

Das Landgericht hat durch das angefochtene Grundurteil die Klage dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. (...)

Nach Erlass des Grundurteils haben die Kläger die Klage um die für das Jahr 1992 anfallende Gewerbesteuer erhöht und angekündigt, künftig zu beantragen, ...

Gegen das Grundurteil richtet sich die Berufung des Beklagten, der weiterhin eine Pflichtverletzung sowie eine Schadenursächlichkeit in Abrede stellt und sich im übrigen weiterhin auf die Einrede der Verjährung beruft.

(Anträge ...)

Aus den Gründen:

Die Berufung ist begründet. Sie führt zur Aufhebung des angefochtenen Grundurteils und Abweisung der Klage nach Maßgabe des ursprünglichen Klageantrages.

Es kann dahinstehen, ob dem Beklagten eine Pflichtverletzung zur Last zu legen ist und ob die etwaige Pflichtverletzung den geltend gemachten Schaden in Form zuviel gezahlter Gewerbesteuer verursacht hat. Denn die Klageforderung ist jedenfalls verjährt.

Maßgeblich für die Verjährung ist die Bestimmung des § 51b BRAO, wonach der Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz aus einem zwischen ihm und einem Rechtsanwalt bestehenden Vertragsverhältnis in drei Jahren von dem Zeitpunkt an verjährt, in dem der Anspruch entstanden ist, spätestens jedoch in drei Jahren nach der Beendigung des Auftrages. Diese Bestimmung ist hier einschlägig, da die Tätigkeit des Beklagten insgesamt als anwaltlich zu be-

urteilen ist, auch wenn ihm konkret der Vorwurf unzureichender Beratung in einer Steuerangelegenheit gemacht wird.

Der Beklagte ist unstreitig nicht Steuerberater, sondern Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht. Übernimmt ein Rechtsanwalt, der zugleich Fachanwalt für Steuerrecht ist, die steuerliche Beratung eines Mandanten, so liegt regelmäßig kein Steuerberatungsvertrag vor, sondern ein Anwaltsvertrag (BGH, NJW 1988, 563, 565 = GI 1988, 226; NJW 1994, 1405, 1406 = GI 1994, 198; WM 1996, 542, 543 = VersR 1996, 1018, 1019 = GI 1996, 58; Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars 5. Aufl., Rdn. 1460).

Im vorliegenden Fall besteht kein Grund, die Vertragsbeziehungen zwischen den Parteien abweichend zu beurteilen, zumal die zunächst für die Kläger entfaltete Tätigkeit des Beklagten, nämlich der Entwurf des Vertrages für den Betrieb der Gemeinschaftspraxis, originär anwaltlicher Natur war. **Zwischen dieser anwaltlichen Tätigkeit und dem erhobenen Vorwurf fehlerhafter steuerlicher Beratung bestand auch ein innerer Zusammenhang**, da dem Beklagten vorgeworfen wird, es schon im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Praxisgründung und der Erstellung des Vertragsentwurfes unterlassen zu haben, auf die Möglichkeit einer Ausgliederung des Arzneimittelbereiches und die dafür in Betracht kommenden rechtlichen Gestaltungen hinzuweisen. (...)

Die Kläger können sich auch nicht mit Erfolg darauf berufen, daß sie den Beklagten stets als „ihren Steuerberater“ angesehen hätten. Der Senat nimmt den Klägern nicht ab, daß ihnen in all den Jahren, in denen der Beklagte für sie tätig war, dessen berufliche Stellung unbekannt geblieben ist. Zwar ist auf der Abschrift des Schreibens des Beklagten vom 15.3.1984, mit welchem er den Vertrag vom 28.12.1983 an das Finanzamt übersandt hatte, oben links der Stempelvermerk „T. Steuerbüro“ enthalten, ebenso auf dem beigegefügteten Kurzbrief, was der Beklagte im Senatstermin damit erklärt hat, daß er damals noch den Stempel seines Vaters verwendet habe, der Steuerbevollmächtigter war. Jedoch enthält das besagte Schreiben zugleich unter der Unterschrift den unübersehbaren Hinweis auf die Berufsbezeichnung „Fachanwalt für Steuerrecht“.

Überdies handelt es sich, wie bereits ausgeführt, bei dem Entwurf des Praxisvertrages um eine **originäre anwaltliche Tätigkeit, die einem**

Steuerberater nach dem Rechtsberatungsgesetz nicht gestattet gewesen wäre. – Der Hinweis auf die berufliche Tätigkeit des Beklagten als Fachanwalt für Steuerrecht findet sich im übrigen auch auf den Rechnungen des Beklagten. Auch in dem Mahnschreiben der Prozeßbevollmächtigten der Kläger vom 9.6.1995 wird der Beklagte als Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht angesprochen.

Letztlich kommt es jedoch nicht einmal darauf an, ob die Kläger etwaige Fehlvorstellungen über die berufliche Tätigkeit des Beklagten hatten, da für die Beurteilung der Vertragsbeziehungen und der anwendbaren Verjährungsvorschriften die objektiven Gegebenheiten maßgeblich sind. Die Bestimmung des § 51b BRAO knüpft an die Tätigkeit eines Rechtsanwalts als solche an; der Beklagte ist Rechtsanwalt und ist auch, wie ausgeführt, objektiv als solcher tätig geworden.

Gemäß § 51b BRAO beginnt der Lauf der dreijährigen Verjährung spätestens mit Beendigung des Mandats. Da die Kläger dem Beklagten bereits im März 1993 das Mandat entzogen haben, konnte die erst Mitte 1996 erhobene Klage die Verjährung nicht mehr unterbrechen. Zu sonstigen verjährungshemmenden oder -unterbrechenden Maßnahmen ist nichts vorgetragen und nichts ersichtlich.

Eine **sekundäre Pflichtverletzung**, die eine neue Verjährungsfrist in Lauf setzen könnte, ist von seiten der Kläger nicht geltend gemacht worden, obgleich die Verjährungsfragen im Senatstermin eingehend erörtert worden sind. Tatsächlich sind hierfür allerdings auch nach dem gesamten Akteninhalt keine Anhaltspunkte gegeben.

Es ist nicht ersichtlich, daß der Beklagte vor Mandatsende Anlaß gehabt hätte, die Art der Erledigung seiner Tätigkeit zu überprüfen und die Kläger auf etwaige Regreßansprüche gegen sich selbst hinzuweisen (vgl. dazu u.a. BGH, WM 1996, 2066, 2069 = NJW-RR 1997, 50 = GI 1996, 307). Denn an der Betriebsprüfung des Jahres 1994, in welcher die Praxis der Medikamentenabgabe durch die Kläger erstmals beanstandet worden war, hat der Beklagte bereits nicht mehr teilgenommen, während bei der früheren Betriebsprüfung im Jahre 1990 diese Praxis noch nicht beanstandet worden war.

Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters

- Buchungsunterlagen des Mandanten
- Sicherheitsleistung
- Einstweilige Verfügung des Mandanten
(LG Heidelberg, Urt. v. 29.9.1997 – 4 O 53/97, MDR 1998, 188)

Leitsatz:

Nach der Neuregelung des § 66 Abs. 4 StBerG steht dem Steuerberater ein Zurückbehaltungsrecht auch hinsichtlich der Buchungsunterlagen zu. Dieses kann durch Sicherheitsleistung nach § 273 Abs. 3 BGB abgewendet werden. Der Erlaß einer einstweiligen Verfügung kommt nur in Betracht, wenn trotz Sicherheitsleistung eine Herausgabe durch den Steuerberater nicht zu erwarten ist.

Aus den Gründen:

Das Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters ergibt sich seit dem 6. StBerÄG aus § 66 Abs. 4 StBerG, der § 50 BRAO entspricht. Danach kann der Steuerberater die Herausgabe der Handakten verweigern, bis er wegen seiner Gebühren und Auslagen befriedigt ist. **Nach § 66 Abs. 2 StBerG gehören zu den Handakten alle Schriftstücke, die der Steuerberater aus Anlaß seiner beruflichen Tätigkeit von dem Auftraggeber oder für ihn erhalten hat, mithin also beispielsweise Kontoauszüge, Rechnungen und sonstige Buchführungsunterlagen** (Gehre, StBerG 3. Aufl., § 66 Rn. 4).

Wie bei § 50 Abs. 3 BRAO (vgl. Feuerich, BRAO 2. Aufl., § 50 Rn. 5 f) stellt auch § 66 Abs. 2 Satz 1 StBerG jedoch keine abschließende Regelung des Begriffs der Handakten dar. Zu den Handakten gehört vielmehr alles, was aus Anlaß der Tätigkeit eines Steuerberaters in einer bestimmten Angelegenheit in seine Hände gelangt. Mit umfaßt sind auch Vermerke und Notizen des Steuerberaters sowie ein vom Steuerberater bereits gefertigtes Arbeitsergebnis, soweit es noch nicht an den Mandanten übersandt ist und damit unter § 66 Abs. 2 Satz 2 StBerG fällt (vgl. für die Regelung in der BRAO: Feuerich, BRAO 2. Aufl., § 50 Rn. 5 f).

Mit dieser Neuregelung des Steuerberatergesetzes kann nunmehr nicht mehr in Abrede gestellt werden, daß dem Steuerberater ein Zurückbehaltungsrecht **nicht nur hinsichtlich seines**

Steuerberaterhaftung

Arbeitsergebnisses, sondern auch hinsichtlich der vom Mandanten erhaltenen Buchungsunterlagen zusteht. § 66 Abs. 4 StBerG stellt eine besondere gesetzliche Ausformung des zuvor aus § 273 BGB hergeleiteten (vgl. BGH, VersR 1980, 264, 266) Zurückbehaltungsrechts dar (vgl. Gehre, StBerG 3. Aufl., § 66 Rn. 11). Die übrigen gesetzlichen Regelungen und die zum Zurückbehaltungsrecht des § 273 BGB entwickelte Rechtsprechung finden somit entsprechend Anwendung. Dies bedeutet, daß auch ein verjährter Vergütungsanspruch des Steuerberaters ein Zurückbehaltungsrecht begründet, wenn die Verjährung noch nicht vollendet war, als der Anspruch entstand (Palandt/Heinrichs, BGB 55. Aufl., § 273 Rn. 8 m.w.N.). (...)

Der Verfügungskläger hat jedoch die **Möglichkeit, das Zurückbehaltungsrecht durch Sicherheitsleistung nach § 273 Abs. 3 BGB abzuwenden** (vgl. OLG Nürnberg, BB 1990, 1102, 1103). (...) Mit der Sicherheitsleistung nach §§ 232, 233 BGB erlangt der Verfügungsbeklagte ein Pfandrecht, welches ihm gemäß § 223 Abs. 1 BGB auch dann noch die Befriedigung aus diesem Recht erlaubt, wenn der zugrundeliegende Anspruch bereits verjährt ist. (...)

Ein Verfügungsgrund für den Erlaß einer einstweiligen Verfügung ist gleichfalls gegeben. Zwar kommt eine Leistungsverfügung auf Herausgabe an den Verfügungskläger nur unter besonderen Umständen in Betracht (vgl. Zöller/Vollkommer, 19. Aufl., § 940 Rn. 6 ff). Im vorliegenden Fall ist der Verfügungskläger jedoch wegen der Zwangsgeldandrohung des Finanzamtes dringend auf die Herausgabe der Unterlagen angewiesen. Dies rechtfertigt im Zusammenhang mit der nach § 273 Abs. 3 BGB möglichen Sicherheitsleistung die Annahme eines für den Erlaß einer Leistungsverfügung ausreichenden Verfügungsgrundes. **Bei erfolgter Sicherheitsleistung ist der Verfügungsbeklagte hinreichend abgesichert.** (...)

Zwar muß vor der Durchsetzung des Herausgabeanspruchs zunächst die Sicherheit durch den Verfügungskläger geleistet werden (vgl. Soergel/Wolf, BGB, 12. Aufl., § 273 Rn. 68). Da der Verfügungsbeklagte jedoch in der mündlichen Verhandlung vom 23.9.1997 deutlich gemacht hat, **daß er eine Sicherheitsleistung nicht für ausreichend erachtet, ist zu besorgen, daß er auch im Falle einer vom Verfügungskläger grundsätzlich angebotenen Sicherheitsleistung nicht zur Herausgabe bereit sein wird.** Daher ist bereits jetzt der Erlaß einer einstweiligen Verfügung erforderlich (vgl. LG Göttingen, MDR 1980, 324 f).

- Fördermittelantrag, Baudarlehen
 - Ablehnung
- (LG Meiningen, Urt. v. 14.1.1998 - 3 O 1387/96)

Leitsatz (d. Red.):

Der Steuerberater darf den Auftrag, einen Fördermittelantrag für ein Baudarlehen - sog. Dritter Förderweg - zu stellen, ablehnen. Diese Anträge gehören nicht zu seinem Aufgabenkreis.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin fordert von der Beklagten, ihrer ehemaligen Steuerberaterin, Schadenersatz wegen falscher Beratungen.

Die am 26.12.1963 geborene Klägerin läßt vortragen, daß sie seit 1991 von der Beklagten steuerlich betreut worden sei und im Zusammenhang mit der steuerlichen Beratung im Jahr 1993 und dem Mitte 1993 begonnenen Hausbau die Beklagte vor Februar 1993 gefragt habe, ob der Hausbezug bis spätestens 31.12.1993 für sie steuerlich günstig sei. Der Zeuge S. habe mit Baubeginn, ungefähr im Juni 1993, bei der Beklagten nachgefragt, ob die Bezugsfertigkeit vor dem 31.12.1993 steuerliche Vorteile habe. Die Beklagte habe beiden erklärt, daß dies ohne Steuervorteil sei.

Sie habe das Haus aber vor Ende des Jahres 1993 zum 4.12.1993 beziehen können; ein solcher Bezug hätte in ihrer Einkommensteuererklärung 1993 hinsichtlich der Gestellungskosten steuermindernd gewirkt. Für 1993 habe sie eine Einkommensteuervorauszahlung i.H.v. 9.300 DM geleistet, die wegen der nicht geltend gemachten Gestellungskosten vom Finanzamt auf 5.801 DM festgesetzt und somit nur 3.499 DM an sie zurückerstattet wurden. Bei anteiliger Berücksichtigung der Baukosten i.H.v. 303.000 DM gem. § 10e EStG hätte sie für 1993 keine Einkommensteuer zahlen brauchen. Der ihr durch diese Falschberatung der Beklagten entstandene Schaden belaufe sich auf 5.801 DM. Weiterhin wäre bei Berücksichtigung ihrer am 5.2.1986 geborenen Tochter J. seitens des Finanzamts das Baukindergeld i.H.v. 1.000 DM zurückgezahlt worden.

Noch vor Baubeginn habe sie auf Anraten ihrer finanzierenden Bank und ihres Immobilienmaklers die Beklagte 1993 gefragt, ob die Heirat

mit ihrem am 3.3.1964 geborenen Lebensgefährten, dem Zeugen S., sinnvoll sei, um in den Genuß von Fördermitteln bzw. nicht rückzahlbaren Baudarlehen zu kommen. Dies habe die Beklagte verneint.

Der Zeuge S. habe die Beklagte bereits 1992 auch wegen der steuerlichen Auswirkungen einer Heirat gefragt. Tatsächlich hätte sie jedoch im Falle einer Heirat noch vor Kreditierung der Baukosten und vor Antragstellung bei der Fördermittelstelle des Freistaates in B. **einen nicht rückzahlbaren Zuschuß/leistungsfreies Baudarlehen im sog. dritten Förderweg i.H.v. 72.000 DM** zur Verfügung gestellt bekommen. Ihr für 1992 zu versteuerndes Einkommen habe 18.900 DM, das ihres Lebensgefährten 10.000 DM betragen.

In der Beratung durch die Beklagte am gleichen Tag habe sie wegen der Zahlung anderer öffentlicher Mittel trotz einer möglichen Nichttheirat nachgefragt, was die Beklagte ebenfalls mit dem Hinweis auf ein zu hohes Einkommen verneint habe. Auch dies sei falsch gewesen, da ihr ein Anspruch auf ein zinsgünstiges Darlehen i.H.v. 120.000 DM im Rahmen des ersten Förderweges zugestanden habe. Dafür hätte sie 5 Jahre nur 2,5 % Zinsen und für weitere 5 Jahre 5 % Zinsen zahlen müssen. Demgegenüber müsse sie nunmehr für ein Bankdarlehen 7,1 % Zinsen zahlen, so daß sich aus der Zinsdifferenz von 4,6 % bei 120.000 DM ein jährlicher Schaden von 5.520 DM, in den ersten 5 Jahren somit insgesamt ein Schaden von 27.600 DM und in den nächsten 5 Jahren ein Schaden i.H.v. 12.600 DM ergebe.

Die Beklagte sei ständig über die aktuellen Zahlen der Klägerin informiert gewesen. So habe sie für die Klägerin selbst eine Bilanz erstellt, die Grundlage und Gegenstand der Finanzierungsgespräche bei der Bank gewesen sei. Im Rahmen der durch sie laufend zu erstellen den Gewinn- und Verlustrechnungen hätten der Beklagten auch 1993 stets die aktuellen Zahlen der Klägerin zur Verfügung gestanden. Sie selbst habe der Klägerin den Rat zur Aufteilung der Hausnutzung im Verhältnis von 60 % Privatnutzung zu 40 % Firmennutzung gegeben.

Die Beklagte sei mit Anwaltsschreiben vom 4.1.1996 zur Zahlung des Schadenersatzbetrages bis 15.1.1996 aufgefordert worden. Für den Zeitraum vom 16.1. bis 9.4.1996 seien Zinskosten i.H.v. 1.288,90 DM entstanden.

(Anträge ...)

Die Beklagte bestreitet einen Schaden wegen der für 1993 nicht anteilig geltend gemachten Baukosten, da das Haus nicht bis Ende 1993 bezugsfertig gewesen, sondern die Bauabnahme erst am 14.5.1994 erfolgt sei. Die Klägerin habe noch im Januar und Februar 1994 Ratenzahlungen an ihre Baufirma geleistet.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses für 1994 seien die Baukosten dann berücksichtigt worden. Die Klägerin könne innerhalb von 8 Jahren von 1994 bis 2002 die Abschreibungsmöglichkeiten hinsichtlich der Baukosten nach § 10e EStG wahrnehmen, so daß ihr gar kein Schaden entstanden sei. Baukindergeld werde nicht an die Klägerin ausgezahlt, die Voraussetzungen dafür nach § 94f EStG hätten bei ihr 1994 vorgelegen.

Erst mit Beginn der Abbuchung von Bauraten ab Mai 1993 vom Darlehenskonto der Klägerin bei der Sparkasse B. habe sie vom Hausbau der Klägerin erfahren. Der Grundstückskaufvertrag sei demgegenüber bereits schon im Dezember 1992 abgeschlossen worden. Nachdem sie vom Hausbau der Klägerin erfahren habe, habe sie sich mit dem Zeugen S. in Verbindung gesetzt und ihm in einem Gespräch mitgeteilt, daß ein Bauvorhaben steuerliche Vergünstigungen mit sich bringe. Dazu habe sie allerdings alle Unterlagen der Klägerin benötigt.

Das Gespräch über eine mögliche Ehe zwischen der Klägerin und dem Zeugen S. habe sie erst Ende 1994 nur mit dem Zeugen S. geführt, wobei auch die drei unterhaltsberechtigten Kinder des Zeugen aus dessen erster Ehe angesprochen und eine anwaltliche Beratung angeraten wurde. Sie habe der Klägerin keine Beratung zur Inanspruchnahme von Fördermitteln erteilt. Dies wäre auch nicht möglich gewesen, da die entsprechenden Zahlen für das Jahr 1993 erst mit dem Bescheid des Finanzamts B. Anfang 1995 zur Verfügung gestanden hätten. Eine Heirat sei auch nicht unbedingt Voraussetzung für eine solche Förderung, auf die ohnehin kein Rechtsanspruch bestehe.

Ein leistungsfreies Baudarlehen aus öffentlichen Mitteln sei für eine 12jährige Belegungsdauer zins- und tilgungsfrei – vorausgesetzt, die Förderungsfähigkeit sei gegeben. Die Klägerin nutze 104,50 qm (50,92 %) des neugebauten Hauses privat, der Baukostenanteil für die private Nutzung betrage 147.782,21 DM. Die Nutzung für den Handwerksbetrieb für die Reparatur und Wartung von Gasgeräten erfasse eine Fläche von 100,73 qm (49,08 %).

Die geltend gemachten Zinsen bestreitet die Beklagte. (...)

Die zulässige Klage ist unbegründet.

Aus den Gründen:

Im Ergebnis der Beweisaufnahme ist davon auszugehen, daß die Beklagte als Steuerberaterin der Klägerin 1993 keine Berufspflichten i.S.v. §§ 33 und 57 StBerG in Form einer Falschberatung oder falschen Auskunft verletzte und damit auch ihr gegenüber nicht schadenersatzpflichtig ist.

Nach dem Vortrag der Klägerin, der insoweit von den Aussagen der Zeugen S. und G. bestätigt wurde, oblag der Beklagten im Rahmen eines umfassenden Geschäftsbesorgungsvertrages i.S.v. § 675 BGB seit 1991 die **Erledigung sämtlicher Steuerangelegenheiten** der Klägerin einschließlich der **Buchführungsarbeiten und Steuererklärungen**. Insoweit oblag es ihr, die **steuerlichen Interessen der Klägerin umfassend wahrzunehmen** und dafür den sichersten Weg für sie zu wählen (*Palandt/Heinrichs, BGB 57. Aufl., Rn. 48 zu § 276 m.w.N.*), wobei sie grundsätzlich von der Belehrungsbedürftigkeit der Klägerin in steuerlichen Fragen ausgehen (*BGH, NJW-RR 1987, 1376 m.w.N.*) und auch ungefragt über die bei der Erledigung eines Auftrags oder Anliegens auftauchenden steuerrechtlichen Fragen aufklären mußte (*OLG Stuttgart, NJW-RR 1990, 791*).

Die von der Klägerin vorgelegten Unterlagen bestätigen im wesentlichen ihren Vortrag zum zeitlichen Ablauf ihres Hausbaus. So unterschrieb sie am 3.5.1993 bei der damaligen Kreissparkasse B. zusammen mit dem Zeugen S. den Darlehensvertrag über einen Betrag von 178.000 DM bzw. 170.880 DM Auszahlungsbetrag zu einem bis April 2003 festen Zinssatz von 7,05 %, dessen Tilgung ab dem 30.4.1994 in Raten von 1.195 DM erfolgen sollte. Da dieses Darlehen mittels einer auf dem späteren Baugrundstück der Klägerin lastenden Grundschuld gesichert wurde, ist davon auszugehen, wie die Klägerin vortrug, daß sie Ende 1992 dieses Grundstück in I. auch gekauft hat.

Insoweit ist es auch nachvollziehbar, wenn die Parteien nach Aussage des Zeugen S. in seinem Beisein in der Zeit von Ende 1992 bis Februar 1993 mehrmals über die Frage sprachen, ob eine Heirat im Zusammenhang mit dem Hausbau

steuerlich günstiger ist. Konkret ging es der Klägerin um die Auswirkung der auch jetzt noch mit dem Zeugen S. nach Geburt des gemeinsamen Kindes im Dezember 1997 beabsichtigten Eheschließung auf die Gewährung von staatlichen Fördermitteln bei Eigenheimbau. Insoweit kann es dahingestellt bleiben, ob die Beklagte eine günstige Auswirkung der Heirat bei der Beantragung solcher Fördermittel verneint hat, da nach der Aussage der Sachgebietsleiterin für die Wohnungsbauförderung beim Landratsamt B., der Zeugin R., **eine Eheschließung oder bestehende Ehe ohne zusätzliche positive Auswirkungen auf die Ausreichung solcher Fördermittel war**.

Selbst wenn der Zeuge E. noch im ersten Halbjahr 1993 zufällig im Warteraum der Steuerberatungskanzlei eine Unterredung zwischen der Beklagten und dem Zeugen S. hörte, als dieser Zeuge von der Beklagten **das Einreichen eines Fördermittelantrages verlangte, und dies von der Beklagten abgelehnt wurde**, kann die Klägerin daraus keinerlei Konsequenzen herleiten. **Eine solche Antragstellung gehört nach Auffassung des Gerichts nicht zum Aufgabenkreis eines Steuerberaters.**

Insoweit hat die Klägerin selbst vorgetragen, daß sie im Rahmen der Gespräche bei der Kreissparkasse auf solche Fördermöglichkeiten hingewiesen worden war, so daß es ihr auch nach Ablehnung durch die Beklagte unbenommen blieb, sich direkt an das Landratsamt zu wenden. Eine solche Praxis hat die Zeugin R. bestätigt. Wenn die Klägerin sich nicht selbst erkundigte bzw. eine rechtzeitige Antragstellung vor Baubeginn im Juni/Juli 1993 versäumte, kann sie dies nunmehr nicht der Beklagten anlasten.

Auch das Gericht kann in dem von der Klägerin behaupteten, angeblich auf Veranlassung der Beklagten in steuerlicher Sicht **verspätet vollzogenen Umzug** in das neugebaute Wohn- und Geschäftshaus am 28.2.1994 – anstelle zum Jahresende 1993 – keine schadenbegründende **Auskunft** oder Handlung erkennen.

Insoweit ist auch der Zeuge S. in seiner Aussage widersprüchlich und nicht glaubhaft. Einerseits legte er dar, daß ein Umzug noch im Dezember 1993 möglich gewesen wäre, demgegenüber er und die Klägerin wegen der nicht absehbaren Baufortschritte das Mietverhältnis an der bisherigen Neubauwohnung in B. nicht fristgemäß zum Jahresende 1993 kündigen konnten und wollten.

Im übrigen ist der Klägerin durch die der Beklagten vorgeworfene nicht geltend gemachten Herstellungskosten des Hauses im Steuerjahr 1993 auch kein steuerlicher Nachteil entstanden. Die entsprechende Regelung nach § 10e EStG i.V.m. § 52 Abs. 14 Satz 4 EStG sieht vor, daß die Klägerin die Herstellungskosten des Hauses und die Hälfte der Kosten für den Grundstückskauf als Sonderausgaben im Jahr der Fertigstellung – damit 1994 – und in den 3 Folgejahren mit bis zu 6%, höchstens bis zur Höhe von 19.800 DM, und in den weiteren 4 Folgejahren mit bis zu 5%, höchstens 16.500 DM, geltend machen kann.

Auch wenn die Einkommensteuer der Klägerin laut dem Einkommensteuerbescheid vom 1.4.1996 des Finanzamts B. für das Jahr 1993 eine festgesetzte Einkommensteuer i.H.v. 4.801 DM auswies, so stellt dies noch keinen Schaden dar. Erst wenn die Klägerin nachgewiesen hätte, daß die Beklagte bei den Steuererklärungen ab 1994 die anteiligen Baukosten des Hauses nicht als Sonderausgaben berücksichtigt hätte, wäre von einer Pflichtverletzung als Steuerberaterin auszugehen. Diesbezüglich hat die Beklagte allerdings vorgetragen, daß bei der Erstellung des Abschlusses für das Jahr 1994 die Baukosten entsprechend aufgestellt und berücksichtigt wurden.

Gleiches gilt für die Steuerermäßigung nach § 34f Abs. 2 EStG, das sog. **Baukindergeld**. Ausgehend von 1994 als dem Jahr der Fertigstellung des Wohn- und Geschäftshauses konnte die Klägerin auch erst die zusätzliche Steuerermäßigung für das bei ihr lebende Kind J. ab diesem Jahr geltend machen. Ob dies geschehen ist oder von der Beklagten unterlassen wurde, hat die Klägerin auch nicht vorgetragen.

Wirtschaftsprüferhaftung

- Anspruch des Gemeinschuldners
- Konkursverwalter
- Auftragsinhalt
- Vorsätzliche Bilanzfälschung des Gemeinschuldners

(LG Wuppertal, Urt. v. 10.2.1998 – 5 O 241/97, n.rkr.)

Leitsätze (d. Red.):

1. Der Konkursverwalter kann nur Regreßansprüche geltend machen, die auch dem Gemeinschuldner zustehen würden.

2. Der vorsätzlich handelnde Geschädigte kann von dem fahrlässig handelnden Schädiger keinen Ersatz verlangen (sog. überwiegendes Mitverschulden).

Zum Sachverhalt:

Der Kläger nimmt als Konkursverwalter den Beklagten aus dessen Tätigkeit als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater auf Schadenersatz in Anspruch.

Der Kläger wurde vom Amtsgericht W. am 16.9.1994 zum Konkursverwalter über das Vermögen der F.-GmbH (im folgenden: Gemeinschuldnerin) bestellt. Die Gemeinschuldnerin hatte ein Stammkapital in Höhe von 10 Mio. DM. Geschäftsführer und Hauptgesellschafter war F. Die GmbH beschäftigte sich mit dem Vertrieb von Industriebedarf und Maschinen.

Der Beklagte prüfte als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater die Jahresabschlüsse der Gemeinschuldnerin in den Jahren 1989 und 1990. Den entsprechenden Auftrag hatte er von dem Geschäftsführer der Gemeinschuldnerin mündlich erhalten.

Das dem Beklagten von dem Geschäftsführer der Gemeinschuldnerin und ihrer Buchhaltung vorgelegte Zahlen- und Rechnungsmaterial war in erheblichem Umfang falsch. Es wurden Umsätze ausgewiesen, die tatsächlich nicht erzielt worden waren. Der Geschäftsführer der Gemeinschuldnerin wurde vom Landgericht M. unter anderem wegen dieser Bilanzfälschungen zu einer Freiheitsstrafe von 10 Jahren und 9 Monaten verurteilt.

Aufgrund des ihm vorgelegten Zahlenmaterials prüfte der Beklagte die Jahresabschlüsse der Gemeinschuldnerin und fertigte Steuererklärungen für Körperschaft-, Vermögen- und Gewerbesteuer an. Insgesamt wurden daraus 2.583.055 DM Steuern gezahlt, davon 126.000,66 DM Vermögensteuer.

Der Kläger behauptet, der Beklagte habe seine Prüfungstätigkeit nicht pflichtgemäß ausgeführt. Insbesondere habe der Beklagte keine Saldenbestätigungen für bestehende Forderungen und Verbindlichkeiten eingeholt. Dazu sei er aber verpflichtet gewesen. Er habe auch keine Saldenbestätigungen von Bankinstituten eingeholt, sondern nur die von dem Geschäftsführer der Gemeinschuldnerin angegebenen in die

Bilanz aufgenommen. Auch habe er es versäumt, selbst oder mittels eines Mitarbeiters bei der Inventur anwesend zu sein. Er habe seine Arbeit ohne kritische Überprüfung allein aufgrund der ihm von der Gemeinschuldnerin zur Verfügung gestellten Zahlenangaben erbracht. Dadurch sei der Gemeinschuldnerin ein Schaden in Höhe der überzahlten Steuern entstanden.

Weiter behauptet der Kläger, daß die Unrichtigkeit des dem Beklagten vorgelegten Zahlenmaterials diesem bei ordnungsgemäßer Prüfung der Jahresabschlüsse erkennbar gewesen wäre.

(Anträge ...)

Der Beklagte behauptet, er habe keine Anhaltspunkte gehabt, um auf die Betrugereien schließen zu können. Die von ihm durchgeführten Arbeiten seien ordnungsgemäß erfolgt. Er habe sich von dem Geschäftsführer der Gemeinschuldnerin Vollständigkeitserklärungen für die Jahresabschlüsse geben lassen. Die bei der Gemeinschuldnerin vorhandenen Vorräte seien zutreffend ermittelt worden. Die aufgenommenen Stückzahlen seien stichprobenweise überprüft worden. (...)

Aus den Gründen:

Die Klage ist nicht begründet. Der Gemeinschuldnerin stehen gegen den Beklagten keine Ansprüche zu, die der Kläger geltend machen könnte. Derartige Ansprüche ergeben sich weder aus Vertrag noch aus unerlaubter Handlung.

1. Selbst wenn die Kammer zugunsten des Klägers dessen streitige Behauptung als richtig unterstellt, daß der Beklagte es bei Prüfung der Jahresabschlüsse der Gemeinschuldnerin in den Jahren 1989 und 1990 versäumt hat, diese im Sinne einer ordnungsgemäßen Wirtschaftsprüfung zu prüfen, so ergibt sich daraus kein Schadenersatzanspruch der Gemeinschuldnerin gegen den Beklagten. Daher ist über die Frage, ob der Beklagte die Jahresabschlüsse in diesem Sinne überprüft hat oder nicht, auch nicht Beweis zu erheben.

Aus dem zwischen dem Beklagten und der Gemeinschuldnerin geschlossenen, auf Dienstleistungen gerichteten Geschäftsbesorgungsvertrag ergibt sich nämlich gerade keine Pflicht, die der Beklagte durch das streitige Verhalten verletzt haben könnte. Um eine Schadenersatzpflicht gegenüber der Gemeinschuldnerin be-

gründen zu können, müßte eine Pflichtverletzung aber gerade in diesem Verhältnis vorliegen. Aus dem klägerischen Vortrag ergibt sich insoweit nur, daß der Beklagte in diesem Verhältnis (nur) die Leistungen vornahm, die von ihm erwartet wurden.

Der Kläger wirft dem Beklagten zur Begründung des Schadenersatzanspruchs vor, daß er die Jahresabschlüsse nicht ordnungsgemäß geprüft habe. Gleichzeitig ergibt sich aus dem klägerischen Vortrag, daß der Beklagte dies im Hinblick darauf getan haben soll, daß der Geschäftsführer der Gemeinschuldnerin eine solche Überprüfung gar nicht wollte und den Beklagten dazu veranlaßte, von einer solchen Überprüfung abzusehen. Dann hat aber der Beklagte seine Pflichten, die sich aus der Vereinbarung mit der Gemeinschuldnerin ergaben, erfüllt.

Das (streitige) Unterlassen einer Prüfung der Jahresabschlüsse im Sinne einer ordnungsgemäßen Wirtschaftsprüfung wäre grundsätzlich geeignet, Ansprüche Dritter oder sogar eine strafrechtliche Verantwortlichkeit auszulösen, wenn sich Dritte auf die ordnungsgemäße Prüfung verlassen haben und ihnen dadurch ein Schaden entstanden ist. Solche Ansprüche sind aber gerade nicht Gegenstand dieses Verfahrens. **Der Kläger kann als Konkursverwalter der Gemeinschuldnerin nur die Ansprüche geltend machen, die der Gemeinschuldnerin selbst zustehen.**

2. Auf eine fahrlässig unterlassene oder nicht durchgeführte Prüfung der Jahresabschlüsse der Gemeinschuldnerin durch den Beklagten kann sich der Kläger für die Gemeinschuldnerin auch deshalb nicht berufen, weil der Geschäftsführer der Gemeinschuldnerin im Zusammenwirken mit der Buchhaltung dem Beklagten vorsätzlich falsche Zahlen zur Überprüfung stellte und bei Einreichung der Steueranträge wußte, daß ihnen falsche Zahlen zugrunde lagen.

Diese Wertung ergibt sich aus dem Gesichtspunkt des überwiegenden Mitverschuldens. Der vorsätzlich handelnde Geschädigte kann von dem fahrlässig handelnden Schädiger keinen Ersatz verlangen (vgl. Palandt/Heinrichs, BGB 57. Aufl., § 254 Rn. 47 u. 53; OLG Köln, GI 1991, 222 = VersR 1991, 565).

Insofern handelt es sich um eine **bewußte Selbstschädigung** durch den Geschäftsführer der Gemeinschuldnerin, dessen Verhalten dieser zuzurechnen ist.

Dabei geht die Kammer davon aus, daß dem Beklagten für das streitige Unterlassen einer ordnungsgemäßen Wirtschaftsprüfung nur Fahrlässigkeit hinsichtlich der Kenntnis der Unrichtigkeit der Jahresabschlüsse vorzuwerfen ist. Zwar hat der Kläger mit nachgelassenem Schriftsatz vom 20.1.1998 behauptet, daß der Beklagte den Forderungen des Geschäftsführers der Gemeinschaftsdarlehnerin bewußt nachgekommen sei und eine ordnungsgemäße Prüfung bewußt nicht vorgenommen habe. Dem Beklagten sei bei seinen Testaten bekannt gewesen, daß die Jahresabschlüsse inhaltlich falsch waren.

Daß der Beklagte einer ordnungsgemäßen Wirtschaftsprüfung bewußt nicht nachgekommen sei, hat die Kammer zugunsten des Klägers unterstellt. Etwas anderes ist auch logisch nicht denkbar, es sei denn der Beklagte würde die Anforderungen an die Arbeitsweise eines Wirtschaftsprüfers nicht kennen.

Die Behauptung des Klägers, der Beklagte habe auch die Unrichtigkeit der Jahresabschlüsse gekannt, vermag die Kammer ihrer Entscheidung aber nicht zugrunde zu legen. Gerade die von dem Kläger zur Untermauerung seiner Behauptung zitierten Passagen des Urteils des Landgerichts M. gegen den Geschäftsführer der Gemeinschaftsdarlehnerin geben aber für den Vorsatz des Beklagten hinsichtlich der inhaltlichen Unrichtigkeit der Jahresabschlüsse nichts her.

Das Landgericht M. hat gerade nicht festgestellt, daß der Beklagte von der Unrichtigkeit wußte. Es ist nur die Rede davon, **daß der Beklagte eine stichprobenhafte Überprüfung durchführte, sich auf die Richtigkeit der ihm überlassenen Zahlen verließ und auf ausdrückliche Anweisung des Geschäftsführers der Gemeinschaftsdarlehnerin auf die Einholung von Saldenbestätigung verzichtete und sich auf eine Fernprüfung beschränkte.**

Auch handelt es sich bei diesem Vorbringen nicht um eine nachgelassene Erwiderung auf neues Vorbringen des Beklagten im Schriftsatz vom 10.12.1997, sondern um neues, eigenes Vorbringen des Klägers, der dem Beklagten noch in der Klagebegründung lediglich Fahrlässigkeit vorgeworfen hat.

Die Akten des Landgerichts M. brauchten nicht beigezogen werden. Bei dem entsprechenden Beweisangebot des Klägers handelt es sich um einen Ausforschungsversuch. Hätte das Landgericht M. in seinem Urteil an anderer Stelle

festgestellt, daß der Beklagte auch die inhaltliche Unrichtigkeit der Jahresabschlüsse kannte, würde darin ein Widerspruch zu den vom Kläger zitierten Feststellungen liegen. Auch dem Beweisangebot des Klägers auf Seite 5 des Schriftsatzes vom 20.1.1998, den Beklagten als Partei eidlich vernehmen zu lassen, war nicht nachzugehen, denn daß der Beklagte vom Geschäftsführer der Gemeinschaftsdarlehnerin darauf hingewiesen worden ist, daß er Einzelprüfungen nicht durchzuführen habe, hat die Kammer – wie schon ausgeführt – unterstellt.

3. Der Vorsatz des Beklagten bezog sich nach Behauptung des Klägers auch nur darauf, daß er eine ordnungsgemäße Überprüfung der Jahresabschlüsse nicht vornahm und deren Unrichtigkeit kannte. Für einen Anspruch der Gemeinschaftsdarlehnerin auf Schadenersatz müßte sich der Vorsatz aber gerade darauf beziehen, daß eine Verletzung des (zwischen dem Beklagten und der Gemeinschaftsdarlehnerin geschlossenen) Vertrags vorausgesehen und in den Willen des Schädigers aufgenommen wird (*Palandt/Heinrichs*, § 276 BGB Rn. 10).

Wie bereits ausgeführt, fehlt es schon an der Verletzung dieses mündlich geschlossenen Vertrages. Der Beklagte hat nach Behauptung des Klägers die ihm in diesem Verhältnis gegebenen Anweisungen erfüllt. Das wirft ihm der Kläger auch gerade vor. Eine Schadenersatzpflicht gegenüber der Gemeinschaftsdarlehnerin kann sich daraus nicht ergeben.

Auf die Fragen nach der Höhe und der Verjährung des Anspruchs kommt es demgemäß nicht mehr an.

Anmerkung: vgl. OLG Hamburg, GI 11/81.

GI Leitsätze

Wiedereinsetzung/Vorlage des Fristenkontrollbuchs/Glaubhaftmachung

1. Die Frage, ob Wiedereinsetzungsgründe glaubhaft gemacht wurden, ist keine Rechtsfrage i.S. des § 110 AO 1977, sondern eine Tatfrage.
2. Zur Notwendigkeit, das Fristenkontrollbuch zur Glaubhaftmachung vorzulegen.
3. Die Tatsache, daß eine eidesstattliche Versicherung vorgelegt wurde, macht nicht zwangsläufig die darin enthaltenen Erklärungen glaubhaft.

4. Wiedereinsetzung ist nicht allein deswegen zu gewähren, weil das FA den Briefumschlag, in dem sich ein fristgebundenes Schreiben befand, nicht aufbewahrt hat.

5. Macht eine Partei als Verfahrensfehler eine überlange Verfahrensdauer geltend, so hat sie auch darzulegen, inwieweit die Entscheidung auf diesem Mangel beruht.

6. Ein Beteiligter kann sich darauf verlassen, daß das FG im Hauptsacheverfahren der Klage stattgibt, weil es bereits einem PKH-Antrag stattgegeben hat.

7. Das Gesetz schreibt bestimmte Fristen, innerhalb derer das Gericht den Sachverhalt aufzuklären hat, nicht vor.

(BFH, Beschl. v. 17.3.1997 - I B 96/96, BFH/NV 1997, 545)

Zustellung durch Niederlegung / Beweiskraft der Postzustellungsurkunde

Der Beweis für eine beurkundete Zustellung durch Niederlegung bei der Postanstalt aufgrund der PZU als öffentlicher Urkunde i.S. von § 418 Abs. 1 ZPO kann durch die bloße Behauptung des Prozeßbevollmächtigten, der Kläger habe keine Kenntnis von der Zustellung des Urteils erlangt, nicht entkräftet werden. Hierzu ist es erforderlich, einen anderen Geschehensablauf substantiiert darzulegen und zu beweisen. (BFH, Beschl. v. 2.10.1997 - IV R 41/97, BFH/NV 1998, 343)

GI Hinweis

Das Gerling Institut Pro Betriebliche Altersversorgung und Vorsorge-Management hat anlässlich der Jahreskonferenz 1998 eine Broschüre unter dem Titel „Das neue Betriebsrentenrecht“ vorgelegt.

Diese beschäftigt sich mit den Neuregelungen des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (BetrAVG), die am 1.1.1999 in Kraft treten. Sie enthält neben dem Gesetzestext eine einführende Darstellung und Kommentierung.

Die Darstellung kann gegen eine Schutzgebühr von DM 17,40 incl. MwSt. bei GIBA bestellt werden (Bestell-Fax: 02 21/144-34 61).

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1 - 10

Abschlußprüfung

- Bestandsaufnahme, Anwesenheitspflicht? 98, 72
- Bilanzmanipulation 98, 72
- Dritthaftung 98, 20
- = Pflichtprüfung 98, 217
- Steuerberatung, Mitwirkungsverbot 98, 40

Abtretung

- Auszahlungsanspruch aus Anderkonto 98, 138

Allgemeine Geschäftsbedingungen

- Fälligkeitszinsen 98, 242
- Verzugszinsklausel 98, 242

Anderkonto

- Auszahlungsanspruch
- = Abtretung des > 98, 138
- Pfändung 98, 138

Anerkenntnis

- Verjährungsunterbrechung, § 208 BGB
- = Information des Versicherers 98, 148

Auskunftsvertrag

- Schaden
- = Vermögensdisposition 98, 34
- Telefonauskunft ohne Honorar 98, 123
- Vorsteuererstattung 98, 34

Auslegung

- Vertragswortlaut 98, 63

Belehrungspflicht des RA

- Ausgleichsanspruch, Auslandsvertreter 98, 107
- Beurkundung, notarielle 98, 58
- Gefahren, wirtschaftliche 98, 63

Belehrungspflicht des StB/WP

- Auftragsinhalt
- = Beratung; betriebswirtschaftliche 98, 69
- Bankgespräch, Hinzuziehung zu > 98, 9
- Belehrungsbedürftigkeit, fehlende
- = Familienvertrag 98, 173
- = Verbandsinformationen 98, 227
- >, ungefragte
- = Dauermandat, Gestaltungsmöglichkeiten 98, 31
- Familienvertrag
- = Durchführung des > 98, 173
- Grundstückshandel, gewerblicher 98, 9
- Konkursantragspflicht, GmbH 98, 244
- Mietvertrag 98, 95
- Rechtsberatung 98, 95
- Verlustrechnung 98, 31
- Wirtschaftsberatung 98, 69

Beratung

- Umfang 98, 9

Berufshaftpflichtversicherung

- Rechtsanwalt
- = Einkommen, geringes 98, 190
- = Kanzlei in Italien 98, 29

Berufungsbegründung

- Bezugnahme auf Schriftstück 98, 239
- Darlegungslast 98, 168
- Streitgegenstände, mehrere 98, 168

Berufungsbegründungsfrist			
- Fehler, offenkundige	98, 163		
- Verlängerung, mündliche	98, 93		
- Wiedereinsetzung	98, 3, 114		
Berufungsfrist			
- Parteibezeichnung, irrtümliche	98, 143		
- Parteiwechsel, gewillkürter	98, 143		
- Urteilszustellung, unvollständige	98, 142		
Berufungsschrift			
- Falschbezeichnung, erkennbare	98, 143		
Beschwerde, § 15 BNotO			
- > wg. Anderkonto	98, 138		
Beweis, § 286 ZPO	98, 198		
Beweislast			
- Aufklärung/Belehrung, unterlassene			
= Anscheinsbeweis	98, 36		
- Erfüllung, Buchführungsvertrag	98, 67		
- Schaden			
= Alternativverhalten, rechtmäßiges	98, 198		
= Auskunft, fehlerhafte	98, 34		
- Zugang bei Gericht	98, 61		
Bilanzerstellung			
- Buchfälschung des Mandanten	98, 72		
- Rechnungsabgrenzungsposten	98, 198		
Bindungswirkung			
- Auskunft des Finanzamts	98, 210		
Buchführungsauftrag			
- Erfüllung des >	98, 67		
Darlegungslast			
- Prozeßführungsfehler	98, 170		
Dritthaftung			
- Pflichtprüfung	98, 217		
- Prüfungsauftrag	98, 72		
- Vermögensaufstellung	98, 149		
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter			
= Abschlußprüfung	98, 217		
= Gegenläufigkeit der Interessen	98, 217		
= Haftungsbeschränkung	98, 217		
= Pflichtprüfung	98, 217		
= Prüfungsauftrag	98, 8		
Eidesstattliche Versicherung			
- Rechtsbehelf	98, 236		
- Wirkung, aufschiebende	98, 236		
Erlaß			
- Wegfall der Bereicherung	98, 210		
Familienverträge			
- Mietvertrag mit Angehörigen			
= Durchführung des >	98, 173		
Finanzamt			
- Auskunft des >			
= Bindungswirkung	98, 210		
- Rückforderungsanspruch des >			
= Wegfall der Bereicherung	98, 210		
Finanzgerichtsklage			
- Verfahrensfehler			
= Beweisaufnahme, unterlassene	98, 210		
Freie Mitarbeiter			
- Honoraranspruch	98, 16		
- Wettbewerbsverbot	98, 16		
Fristenkontrolle			
- Aktenvorlage	98, 45, 221, 240		
- Auftragsannahme	98, 210		
- Ausgangskontrolle	98, 166		
= Postausgangsfach	98, 22		
- Ausnutzung der Frist	98, 43		
= Verkehrsunfall	98, 215		
- Bote			
= Weisung	98, 19		
- Eingangsmitteilung des Gerichts	98, 214		
- Eingangsstempel	98, 61		
- Fristenkontrollbuch			
= Friststreichung	98, 20, 22		
- >, doppelte	98, 191		
- >, überobligationsmäßige	98, 191		
- Fristenüberwachung durch RA			
= > bei Aktenvorlage	98, 221, 240		
= > vor Aktenvorlage	98, 191		
= > durch amtlich bestellten Vertreter	98, 240		
= > bei Vorfristablauf	98, 43		
- Fristlöschung	98, 166		
- Fristversäumnis, unverschuldetes			
= Brief an unzuständiges Gericht	98, 165		
= Falschadressierung	98, 77		
= Postlaufzeit, DB-Fahrplanwechsel	98, 24		
= Verkehrsunfall	98, 215		
= Weiterleitung durch Gericht	98, 165		
- Hörfehler	98, 161		
- Organisationsanweisung			
= Darlegung, schlüssige	98, 25		
- Parteibezeichnung, irrtümliche	98, 143		
- Rechtsmittelauftrag	98, 210		
= an Kollegen	98, 161		
- Telefax, Telebrief			
= OK-Vermerk, Sendebericht	98, 166		
- Vorfrist	98, 43		
- Weisung an Bürokraft			
= Eindeutigkeit	98, 19		
- Zustellung, unvollständige	98, 142		
Geldspielgeräte			
- Rechtsprechungsänderung			
= Verbandsinformationen, Mitverschulden	98, 227		
Gesamtvollstreckung			
- Abtretung, Wirkung der >	98, 138		
- Vormerkung nach Konkurseröffnung	98, 138		
Geschäftsgrundlage			
- Vergleich, Rechtsirrtum	98, 36		
GI Aktuell			
- Arbeitgeberhaftung, Lohnsteuer	98, 23		
- Arbeitsmittel	98, 54		
- Arbeitszimmer			
= Höchstbetrag	98, 54		
- Bausparkassen, vereinnahmte Abschlußgebühren	98, 132		
- Bewirtungskosten, Journalisten	98, 82		
- Bilanzveröffentlichung	98, 24		
- Doppelte Haushaltsführung	98, 81		
- Gemeinnützigkeit,			
Förderverein Motorsport	98, 28		
Gemeinnützigkeit, Konkurrentenklage	98, 28		
- Gewerbesteuer, Goldschmied	98, 160		
- Grunderwerbsteuer	98, 160		
- Kindergeld, Auszahlung	98, 184		
- Kosten künstlicher Befruchtung	98, 2		
- Landesabfallabgabengesetz	98, 152		
- Notar, Beurkundung im Ausland	98, 132		
- Patentgebühren, Rechtsberatung?	98, 80		
- Postversand, Verrechnungsschecks	98, 178		
- Prozeßunterbrechung,			
Auslandskonkurs	98, 106		
- Sozietät RA/WP	98, 158		
- Steuerhaftung, Vereinsvorsitzender	98, 236		

- Trinkgelder, Lohnsteuer	98, 23	Lohnsteuerhaftung	
- Umsatzsteuer		- Erstattung vom Arbeitnehmer	98, 115
= Abwasserbeseitigung	98, 178	Mitverschulden	
- Verfassungsbeschwerde,		- Erfüllungsgehilfe des Mandanten	98, 36
Mißbrauchsgebühr	98, 54	- Verbandsmitteilungen	98, 227
- Vermietung, Liebhaberei	98, 2	- Vorsatz des Geschädigten	98, 253
- Verpackungsteuer, kommunale	98, 152		
- Zwei-Konten-Modell	98, 28	Nachbesserung	
GmbH		- Recht des StB	98, 115
- Geschäftsführer		Notar	
= Konkursantragspflicht	98, 244	- Anderkonto	
= Sozialversicherungspflicht	98, 244	= Auszahlungsanspruch	98, 138
- Kapitalerhöhungsschwindel	98, 153	Notarkammer	
Grundstückshandel		- Vertrauensschadenversicherung	98, 211
- Mehrfamilienhaus, Privatvermögen	98, 9	Parteiverrat, § 356 StGB	
Honoraranspruch des RA		- Mandat, neues	98, 97
- Gebührenvereinbarung	98, 55	Pfändung	
- Herabsetzung des >, § 3 Abs. 3 BRAGO	98, 55	- Auszahlungsanspruch, Anderkonto	98, 138
- Sittenwidrigkeit	98, 55	Praxisveräußerung	
Honoraranspruch des StB		- Jahresumsatz	
- Einnahme-/Überschußrechnung		= DATEV-Anteil	98, 99
= > wg. Einkünften aus Kapitalvermögen	98, 147	Prozeßauftrag	
= > wg. nichtselbständiger Arbeit	98, 147	- Fehler, Darlegungslast	98, 170
- Freie Mitarbeiter	98, 16	Prozeßvollmacht	
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV		- Name des Vertreters, fehlender	98, 205
= Bestimmungsrecht, Festlegung	98, 46	Rechtsanwalt	
- Kündigung des StB-Vertrages	98, 170	- Beratungspflicht	
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV		= Restitutionsklage	98, 237
= Änderung, nachträgliche	98, 46	- Berufsbezeichnung	
= >, niedrige	98, 46	= Versicherungsberater	98, 24
- Schlechtleistung	98, 170	- Kanzleisitz Italien	98, 29
- Vorschriftspflicht	98, 170	- Rechtsmittelauftrag	
Insolvenzanfechtung		= Auftragsannahme	98, 210
- Sicherungsübereignung		= Sozietät, überörtliche	98, 210
= > an RA und StB	98, 146	- Restitutionsklage	
Inventur		= Frist	98, 237
- Anwesenheit des Abschlußprüfers	98, 72	- Sachverhaltsermittlung	98, 133
Investitionszulage		- Tätigkeitsschwerpunkt	
- Auftrag zur Beantragung der >	98, 77	= Forderungseinzug	98, 25
- Unterschrift	98, 77, 154	- Unterhaltsklage	
- Vordruck, amtlicher	98, 153	= Abänderungsklage	98, 133
Kausalität		- Vergleich, ungünstiger	98, 133
- Beratungsfehler, fehlende		- Zugewinnausgleich, Abfindung	98, 36
Mandanteninformation	98, 133	- Zwangsvollstreckung, verzögerte	98, 117
- Fehler des Gerichts	98, 133	Rechtsberatung/Rechtsbesorgung	
- > zwischen Pflichtwidrigkeit		- IHK-Beiträge	98, 230
und Schaden		- Mietvertrag	98, 95
= Verhalten, beratungskonformes	98, 63, 107	- Mitarbeiter-Beteiligungsmodell	98, 69
- Schutzzweck		- Rechtsberatungsgesetz	
= Auskunftsfehler	98, 34	= Schutzgesetz, § 823 Abs. 2 BGB	98, 69
- Unterbrechung der >		- Vertragserstellung	
= Rücksichtnahme gg. Arbeitnehmer	98, 115	= Wirtschaftsberatung	98, 69
- Ursachenkette	98, 133	- Verwaltungsgerichtsverfahren	98, 230
Kenntnis des Steuerrechts		- Wiederholungsabsicht	98, 69
- Zeitschriften		- Wirtschaftsberatung	98, 188
= IStR	98, 227	- Wirtschaftsprüfer	
Konkursantragspflicht		= Rückübertragungsansprüche	98, 184
- Pflicht des StB?	98, 244	Rechtsmittelauftrag	
Konkursverwalter		- Angaben	98, 210
- Ansprüche des >	98, 253	- Sozietät, überörtliche	98, 210
- Haftung		Rechtsprechungsänderungen	
= Umsatzsteuer, Checkliste	98, 101	- EuGH	98, 227
- Prozeßunterbrechung, Auslandskonkurs	98, 106	- Verbandsinformationen, Mitverschulden	98, 227

- Wiedereinsetzung = Postweiterleitung	98, 165	Telefonauskunft - ohne Honorar	98, 123
Revision - Einlegung der > = Ordnungsmäßigkeit	98, 236	Testat (s. auch Bestätigungsvermerk) - Bilanzfälschung - Ergänzung des > - Verantwortungsbereich	98, 72 98, 72 98, 72, 149
Sachverhaltsermittlung - > durch RA = > wg. Vorprozeß	98, 133	Treuhänder - Auftragsinhalt - Auszahlungsprüfung - Bautenstand - Mittelverwendungskontrolle - Verflechtungen - Versicherungsschutz = Pflichtverletzung, wissentliche	98, 174 98, 174 98, 174 98, 225 98, 174 98, 225
Schaden - Anspruch gegen Dritte - Auskunft, fehlerhafte - Eigentumswohnungen, Aufteilung in > - Gewinn, entgangener - Lohnsteuerhaftung - Schutzbereich der Pflichtverletzungen - Zinsschaden, Steuererklärungsfrist	98, 36 98, 34 98, 9 98, 63 98, 115 98, 198 98, 12	Urkundenfälschung - Telefaxänderung	98, 210
Schlichtungsklausel	98, 210	Verfassungsbeschwerde - Mißbrauchsgebühr	98, 54
Selbstanzeige - BP-Ergebnis, Anerkennung des > - OWiG-Verfahren	98, 153 98, 77	Vergleich - Geschäftsgrundlage, Rechtsirrtum	98, 36
Sozietät - >, gemischte = Haftung für Anwaltsfehler - >, überörtliche = Rechtsmittelauftrag - Sozietätsvertrag = Auseinandersetzung = Schlichtungsklausel = Zahlungsanspruch - Sozies, neuer	98, 117 98, 210 98, 210 98, 210 98, 210 98, 210 98, 117	Verjährung, § 51 BRAO - Verjährungsbeginn = Prozeßfehler	98, 83
StB-GmbH - Haftung für Geschäftsführerhandeln, § 31 BGB	98, 48	Verjährung, § 51 BRAO a.F., § 51b BRAO n.F. - Steuerberatung = Fachanwalt für Steuerrecht	98, 247
Steuerberatungsvertrag - Bankgespräch - Fördermittelantrag - Gefälligkeit - Inhalt des > = Beratung, betriebswirtschaftliche - Telefonauskunft	98, 9 98, 250 98, 123 98, 69 98, 123	Verjährung, § 68 StBerG, § 51a WPO - Arglistenwand - Belehrungspflicht über Fehler in eigenen Arbeiten und Verjährungs- vorschrift, Sekundäranspruch = Anlaß für > = Ende der >, anwaltliche Beratung = Ende der >, Beratung durch StB/ Rechtsbeistand = Kausalität für Verjährungseintritt = Verletzung, schuldhaft, der > - Verjährungsbeginn, Beratungsfehler = Folgefehler, = Folgeschäden = Fristversäumnis = Klage, aussichtslose = Prozeßfehler = Rechtskraft des Steuerbescheides = Sozialversicherungsberatung = zwei Fehler - Verjährungshemmung = Vorprozeß	98, 86 98, 124 98, 124 98, 124 98, 124 98, 124 98, 83, 86 98, 86 98, 185 98, 86 98, 83 98, 86, 185 98, 244 98, 83 98, 185
Steuererklärung - Prüfung der tatsächlichen Angaben - Unterzeichnung der >	98, 153 98, 153	Versicherungsschutz - Abtretungsverbot - Angaben zu Vorschäden - Ansprüche gegen den Versicherer = Anspruch des Mandanten - Ausschlagung der Erbschaft - Bindungswirkung des Haftpflichturteils = Vertrauensschadenversicherung - Pflichtverletzung, wissentliche = Grundregeln = „Primitivwissen“ - Rechtsschutzversicherung = > für Vorstand - Tod des Versicherungsnehmers - Trennungsprinzip - Treuhänder	98, 211 98, 194 98, 229 98, 229 98, 211 98, 225 98, 205 98, 82 98, 229 98, 211 98, 225
Steuerfahndung - Beschlagnahmefugnis = nach Verfolgungsverjährung	98, 77		
Steuergestaltungsberatung - >, ungefragte - Verlustverrechnung	98, 31 98, 31		
Steuerhaftung - > des Konkursverwalters = Umsatzsteuer, Checkliste	98, 102		
Steuerhinterziehung - Feststellungen des Gerichts - Steuerfahndungsbericht - Strafzumessung - Umsatzsteuervoranmeldung	98, 153 98, 153 98, 210 98, 210		
Telefax/Telebrief - Änderung des > - Ausgangskontrolle - Zugangsnachweis = OK-Vermerk, Sendebericht	98, 210 98, 166 98, 166		

- Versichererwechsel	98, 194	BGH v. 24.2.1994 - IX ZR 126/93	98, 244
- Vertrauensschadenversicherung	98, 211	BGH v. 18.11.1996 - AnwZ (B) 25/96 = NJW-RR 97, 696	98, 190
Vertrauensschadenversicherung	98, 211	BGH v. 28.11.1996 - I ZR 184/95	98, 222
Vollmacht		BGH v. 14.1.1997 - VI ZB 24/96	98, 45
- Vorlage, Fristsetzung	98, 106	= NJW 97, 1311 = VersR 97, 598	
Vorteilsausgleichung		BGH v. 13.2.1997 - III ZR 285/95	98, 3
- Voraussetzung, Schaden	98, 34	= NJW 97, 1309 = VersR 97, 643	
Werbeverbot		BGH v. 27.2.1997 - I ZB 50/96	98, 6
- Empfehlung in Zeitungen	98, 222	= NJW 97, 1708 = VersR 97, 767	
- Forderungseinzug	98, 25	BGH v. 21.4.1997 - II ZR 317/95	98, 40
- Informationsbrief	98, 204	= WPK-Mitt. 97, 240 = NJW 97, 2178	
- Praxisveranstaltung	98, 184	= BGHZ 135, 260	
- Selbstdarstellung, erlaubte	98, 222	BGH v. 15.5.1997 - IX ZR 167/96	98, 55
Wettbewerbsverbot		BGH v. 15.5.1997 - 5 StR 45/97	
- Freie Mitarbeiter	98, 16	= wistra 97, 302	98, 153
Wiedereinsetzung		BGH v. 26.5.1997 - AnwZ (B) 64/96	98, 25
- Antrag		BGH v. 26.5.1997 - AnwZ (B) 65/96	98, 24
= Begründungsfrist	98, 214	BGH v. 27.5.1997 - VI ZB 10/97	98, 43
= Darlegung, schlüssige	98, 25	= NJW 97, 2825 = VersR 97, 1252	
= Frist	98, 6	= AnwBl 97, 622	
= Fristbeginn	98, 106	BGH v. 28.5.1997 - III ZR 277/95	98, 8
= Organisationsanweisungen	98, 25	= BB 97, 1685	
= Sachvortrag, unvollständiger	98, 6	BGH v. 10.7.1997 - IX ZB 57/97	98, 20
= Sachvortrag wg. Faxfehler	98, 82	= VersR 97, 1552 = BB 97, 2024	
- Berufungsbegründungsfrist (s. dort)		BGH v. 12.8.1997 - VI ZB 22/97	98, 19
- Fristenkontrolle		= VersR 98, 77 = MDR 97, 1051	
= Eingangsmitteilung des Gerichts	98, 214	BGH v. 9.9.1997 - IX ZB 80/97	98, 22
- Glaubhaftmachung		= NJW 97, 3446 = VersR 98, 254	
= Eidesstattliche Versicherung	98, 255	BGH v. 18.9.1997 - IX ZR 49/97	98, 58
= Fristenkontrollbuch	98, 255	BGH v. 22.10.1997 - VIII ZB 33/97	98, 93
- Weiterleitung an zuständiges Gericht	98, 165	BGH v. 30.10.1997 - VII ZB 19/97	98, 61
Wirtschaftsprüfer		BGH v. 3.11.1997 - VI ZB 47/97	98, 221
- Rechtsberatung		BGH v. 13.11.1997 - VII ZR 199/96	98, 168
= Gesellschaftsvertragsänderung	98, 188	BGH v. 13.11.1997 - IX ZR 37/97	98, 36
= Rückübertragungsanspruch	98, 184	= NJW 98, 749 = WM 98, 297	
= Wirtschaftsberatung	98, 188	BGH v. 19.11.1997 - VIII ZB 33/97	98, 166
- Zulassung		BGH v. 20.11.1997 - IX ZR 286/96	98, 34
= Anstellung, Verbandsgeschäftsführer	98, 205	BGH v. 20.11.1997 - IX ZR 62/97	98, 31
Zugang		BGH v. 24.11.1997 - AnwZ (B) 38/97	98, 29
- Beweis des >	98, 61	BGH v. 27.11.1997 - IX ZR 141/96	98, 63
- Eingangsstempel	98, 61	BGH v. 1.12.1997 - II ZR 85/97	98, 165
Zugewinnausgleich		BGH v. 10.12.1997 - VI ZR 238/97	98, 82
- Abfindungsanspruch, arbeitsrechtlicher	98, 36	BGH v. 11.12.1997 - IX ZR 278/96	98, 146
Zurückbehaltungsrecht		BGH v. 11.12.1997 - IX ZR 46/97	98, 242
- Buchungsunterlagen	98, 249	BGH v. 15.12.1997 - Stb St (R) 5/97	98, 184
- Einstweilige Verfügung		= WPK-Mitt. 98, 164	
= Herausgabe an Mandanten	98, 249	BGH v. 16.12.1997 - VI ZR 279/96	98, 143
- Sicherheitsleistung	98, 249	BGH v. 17.12.1997 - VIII ZR 235/96	98, 107
Zustellung		BGH v. 18.12.1997 - IX ZR 180/96	98, 86
- Ersatzzustellung		BGH v. 13.1.1998 - VIII ZB 48/97	98, 114
= Familienangehörige des Steuerberaters	98, 205	= NJW 98, 1155 = WM 98, 735	
- Niederlegung		BGH v. 21.1.1998 - 5 StR 686/97	98, 210
= Postzustellungsurkunde	98, 256	= wistra 98, 146	
- Urteilsseite, fehlende	98, 142	BGH v. 5.2.1998 - VII ZB 8/97	98, 240
		BGH v. 11.2.1998 - VIII ZB 50/97	98, 163
		BGH v. 12.2.1998 - IX ZR 190/97	98, 83
		= NJW-RR 98, 742 = WM 98, 786	
		BGH v. 10.3.1998 - X ZB 31/97	98, 142
		= NJW 98, 1959 = WM 98, 1305	
		= BB 98, 1232	
		BGH v. 10.3.1998 - XI ZB 1/98	98, 239
		BGH v. 19.3.1998 - IX ZR 242/97	98, 138
		= WM 98, 921 = BB 98, 1026	
		BGH v. 2.4.1998 - III ZR 245/96	98, 217
		BGH v. 2.4.1998 - IX ZR 107/97	98, 133
		BGH v. 21.4.1998 - VI ZB 8/98	98, 161
		BGH v. 23.4.1998 - I ZB 2/98	98, 215
		BGH v. 30.4.1998 - VII ZB 5/97	98, 191
		BGH v. 30.4.1998 - IX ZR 150/97	98, 132
		= WM 98, 1275	
		BGH v. 12.5.1998 - VI ZB 10/98	98, 214
		BGH v. 27.5.1998 - IV ZR 166/97	98, 211
		BGH v. 16.6.1998 - XI ZR 254/97	98, 178
		BGH v. 9.7.1998 - IX ZR 324/97	98, 237
BVerfG v. 11.7.1997 - 2 BvR 7/92	98, 77		
[2. Kammer] = wistra 97, 297			
BVerfG v. 29.10.1997 - 1 BvR 780/97	98, 81		
BVerfG v. 5.1.1998 - 2 BvR 2198/97	98, 54		
BVerfG v. 29.5.1998 - 1 BvR 1773/96	98, 159		
BVerwG v. 26.8.1997 - BVerwG 1 C 1.96	98, 205		
= WPK-Mitt. 98, 166			

KG v. 16.9.1997 - 6 U 7835/95, rkr.	98, 194	LG Tübingen v. 26.9.1997 - 2 O 57/97, rkr.	98, 227
Brandenburgisches OLG v. 18.9.1996 - 7 U 8/96 = AnwBl 98, 281	98, 210	LG Wuppertal v. 10.2.1998 - 5 O 241/97, n.rkr	98, 253
OLG Düsseldorf v. 14.4.1994 - 13 U 105/93	98, 48	AG Düsseldorf v. 22.1.1997 - 28 C 16886/96 = NJW-RR 97, 922	98, 229
OLG Düsseldorf v. 8.2.1996 - 13 U 255/95	98, 46		
OLG Düsseldorf v. 13.2.1997 - 13 U 10/96	98, 124	BFH v. 16.10.1996 - II R 3/96	98, 25
OLG Düsseldorf v. 27.2.1997 - 13 U 8/96	98, 170	= BFH/NV 97, 359	
OLG Düsseldorf v. 17.4.1997 - 13 U 107/94	98, 198	BFH v. 21.10.1996 - VI R 4/94	98, 24
OLG Düsseldorf v. 17.4.1997 - 13 U 9/96	98, 67	= BFH/NV 97, 330	
OLG Düsseldorf v. 24.4.1997 - 13 U 65/96	98, 99	BFH v. 12.2.1997 - X B 297/97	98, 82
OLG Düsseldorf v. 24.4.1997 - 13 U 108/96	98, 148	= BFH/NV 97, 592	
OLG Düsseldorf v. 15.5.1997 - 13 U 8/96	98, 147	BFH v. 25.2.1997 - VII R 129/95	98, 236
OLG Düsseldorf v. 23.10.1997 - 13 U 227/96	98, 115	= BFH/NV 97, 542	
OLG Frankfurt v. 18.9.1997 - 15 U 112/96	98, 117	BFH v. 28.2.1997 - VI R 119/95	98, 77
OLG Frankfurt v. 9.7.1998 - 16 W 9/98	98, 244	= BFH/NV 97, 595	
OLG Hamm v. 22.9.1995 - 25 U 2/95	98, 69	BFH v. 17.3.1997 - I B 96/96	98, 255
OLG Hamm v. 15.11.1995 - 25 U 157/94	98, 16	= BFH/NV 97, 545	
OLG Hamm v. 15.5.1996 - 25 U 54/95	98, 9	BFH v. 4.6.1997 - IV R 79/96	98, 205
OLG Hamm v. 6.11.1996 - 25 U 47/96	98, 95	= BFH/NV 98, 2	
OLG Hamm v. 8.11.1996 - 25 U 188/95	98, 12	BFH v. 18.6.1997 - III R 84/96	98, 2
OLG Hamm v. 5.12.1997 - 25 U 55/97	98, 173	BFH v. 25.6.1997 - VIII B 35/96	98, 153
- vgl. v. 13.12.1995 = GI 96, 117		= BFH/NV 98, 8	
OLG Hamm v. 21.1.1998 - 25 U 108/97, n.rkr.	98, 247	BFH v. 14.7.1997 - V B 19/97	98, 106
OLG Jena v. 29.7.1997 - 1 Ss 318/96	98, 153	= BFH/NV 98, 48	
= wistra 98, 73		BFH v. 16.7.1997 - III R 266/94	98, 153
OLG Karlsruhe v. 11.4.1997 - 2 Ss 259/96	98, 97	BFH v. 29.7.1997 - IX R 20/96	98, 205
= wistra 97, 315		= WPK-Mitt. 98, 171	
OLG Karlsruhe v. 3.9.1997 - 1 U 60/97	98, 185	BFH v. 29.7.1997 - VII B 127/97	98, 106
OLG Koblenz v. 28.10.1997 - 4 U 759/97, n. rkr.	98, 188	= BFH/NV 98, 64	
= AnwBl 98, 223		BFH v. 14.8.1997 - III B 58/97	98, 154
OLG Köln v. 28.1.1997 - 9 U 62/96	98, 225	BFH v. 4.9.1997 - VII B 149/97	98, 210
= r+s 97, 496		= BFH/NV 98, 337	
OLG Köln v. 12.5.1997 - 14 UF 79/97	98, 210	BFH v. 19.9.1997 - V B 39/97	98, 210
= AnwBl 98, 279		= BFH/NV 98, 280	
OLG Oldenburg v. 18.9.1997 - Ss 335/97	98, 153	BFH v. 30.9.1997 - IX R 80/94	98, 2
= wistra 98, 71		BFH v. 2.10.1997 - IV R 41/97	98, 256
OLG Saarbrücken v. 15.4.1992 - 5 U 105/88	98, 205	= BFH/NV 98, 343	
= r+s 92, 336		BFH v. 24.10.1997 - VI R 23/94	98, 23
OLG Saarbrücken v. 23.8.1996 - 10 O 226/93	98, 174	BFH v. 25.11.1997 - VII B 188/97	98, 236
OLG Schleswig v. 30.1.1998 - 1 U 108/97	98, 123	= LEXinform 0145092	
OLG Zweibrücken v. 3.4.1998 - 1 Ss 34/98	98, 210	BFH v. 26.11.1997 - III R 109/93	98, 210
= wistra 98, 195		= BFH/NV 98, 808	
LG Braunschweig v. 5.9.1997 - 5 O 80/97, n. rkr.	98, 149	BFH v. 8.1.1998 - V R 32/97	98, 178
LG Dresden v. 21.1.1997 - 41 O 680/97	98, 184	Sächsisches FG v. 23.2.1995 - 2 K 48/95	98, 77
= AnwBl 98, 221		= EFG 97, 761; Revision: BFH - III R 58/95	
LG Frankfurt v. 8.4.1997 - 2/18 O 475/95, n. rkr.	98, 72	OFD Hannover v. 31.7.1997 - S 0190	98, 102
= WPK-Mitt. 97, 236		- 6-StO 321/b 0190 - 68-StH 551	
LG Hamburg v. 6.3.1998 - 651 StL 27/97	98, 204	VGH Baden-Württemberg v. 6.9.1996	98, 230
= WPK-Mitt. 98, 168		- 9 S 2152/96 = RBeistand 97, 63	
LG Heidelberg v. 29.9.1997 - 4 O 53/97	98, 249		
= MDR 98, 188			
LG Köln v. 21.4.1997 - 110 Qs 5/97	98, 77		
= wistra 97, 237			
LG Meiningen v. 14.1.1998 - 3 O 1387/96	98, 250		

Steuerberaterhonorar •
Verjährung • Klage gegen
Bürgen (BGH);
Steuerberaterhaftung •
Belehrungspflicht • Verkauf
von Kapitalanteilen
(OLG Düsseldorf);
Notarhaftung • Schaden-
abwendungspflicht •
Erinnerung des Mandanten
(OLG Düsseldorf);
Steuerberatungsvertrag mit
Eheleuten • Akteneinsicht •

Tod des Ehemannes
(OLG Düsseldorf);
Notarhaftung • Beweislast
für unterlassene Belehrung
(OLG Oldenburg);
Steuerberaterhaftung •
Verjährungsbeginn:
Säumniszuschläge,
Verspätungszuschläge
(LG Krefeld);
Steuerberaterhaftung • USt-
Erklärung • falsche Angaben
des Mandanten (LG Dortmund)



Das Thema Qualitätssicherung, aus dem der Bereich des Qualitätsmanagements ein wesentlicher Ausschnitt ist, wird das wichtigste Zukunftsthema des steuerberatenden Berufes sein.

Aus diesem Grund hat der Deutsche Steuerberaterverband e.V. (DStV) einen Arbeitsstab „Qualitätsmanagement“ eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, Einführungsseminare

und Workshops vorzubereiten, die sich speziell mit der Einrichtung von Qualitätsmanagement-Systemen in der Steuerberatungspraxis befassen.

Eine Einladung finden Sie in der GI-Beilage dieser Ausgabe. Anmeldungen an GI-Service Fax-Hotline (02 21) 1 44-51 55. Achtung: weiterer Veranstaltungsort: Stuttgart

GI BEILAGE 10/98

Dieser Ausgabe liegt eine Information zum Thema GI-Spezial: „GmbH-Geschäftsführer-Versorgung“ auf CD-ROM bei.

IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe
ISSN 1430-550 X

Herausgeber:

Gerling
Unternehmenskommunikation
50597 Köln
Telefon: (02 21) 1 44-72 98
Telefax: (02 21) 1 44-51 27

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

Layout und Satz:

Type Connection,
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei
Boyens & Co.,
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: DM 96,- jährlich inklusive
Mehrwertsteuer und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen. Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.